

Christ und Sozialist

**Blätter des Bundes
der Religiösen Sozialisten Deutschlands**

**Einzelverkauf
DM 5,-**

**Neue Folge
17. Jahrg.**

**Juni
1993**

2/93

Gegen Arbeitslosigkeit und Armut

**Ernst-Ulrich Huster:
Lebenslange Armut**

Ulrich Peter:

Unternehmer kündigen Sozialpartnerschaft

**ALIDO, IKVU und Gruppe HADOP im BRSD:
Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem
Geschichte der Familie N.**

**Willibald Jacob:
Berliner Betriebsräte
gegen Arbeitsplatzabbau**

Ulrich Peter:

**Wir gedenken:
Heinrich Albertz 1915 – 1993
Ludwig Metzger 1902 – 1993**

Impressum:

»Christ und Sozialist« wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Ulrich Peter (Berlin), Reinhard Gaede (Herford), Udo Fleige (Tübingen), Rudolf Laeger (Frankfurt). Erscheinungsweise vierteljährlich.

Bezugspreis jährlich DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Porto. Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte an den Bund der Religiösen Sozialisten, Postgiroamt Dortmund 189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch zugesandt. Förderabo DM 30,- oder mehr. Beiträge über DM 20,- sind als Spende steuerlich absetzbar.

»Christ und Sozialist« kooperiert mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion: Reinhard Gaede (Schriftleitung), Laarer Str. 297, W-4900 Herford
Marion Bierig, Hamburg
Lothar Bücken, Wetter
Erhard Griesse, Willich
Rolf Köhler, Bad Schönborn
Oliver Vogelsmeier, Berlin

Abonnements und Retours:
B.R.S.D., Postfach 2521,
72015 Tübingen.
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten,
Mönchengladbach

Druck auf Umweltschuttpapier

Inhaltsverzeichnis:

Zu diesem Heft	3
Ernst-Ulrich Huster: Lebenslage Armut Entwicklungen, Erscheinungsformen und Lösungen	4
Ulrich Peter: Ein Zeitalter endet: Das Unternehmerlager kündigt die Sozialpartnerschaft auf	15
HADOP/IKVU/ALIDO: Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem	21
HADOP: Die letzten Jahre der Familie N.	32
Willibald Jakob: Der Ostwind weht, wo er will	42
Forderungen Berliner Betriebs- und Personalräte	45
Christa Peter: Bericht über eine Tagung der Ev. Akademien Baden und Pfalz	47
An alle BefürworterInnen militärischer Interventionen	48
Ulrich Peter: Gedenken an Heinrich Albertz Gedenken an Ludwig Metzger	50 52
Gedicht von Erich Fried	55

Zu diesem Heft

Mit dem ersten Heft dieses Jahres haben wir uns auf die Seite der Flüchtlinge gestellt, die durch eine Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes weggeschickt werden sollen. In diesem Heft verhalten wir uns dementsprechend. Solidarität muß allen Notleidenden gelten. Wir wenden uns gegen eine Politik des Teilens und Herrschens, arme Fremde gegen Arme unseres Landes auszuspielen. Unsere Solidarität ist unteilbar, gilt allen, die Hilfe brauchen. Sie unterscheidet sich grundlegend von dem, was konservativ-liberale Politik wie beim »Solidarpakt« gezeigt unter Solidarität versteht: Solidarität der Besitzenden untereinander auf Kosten derer, die nichts haben; Solidarität der Deutschen auf Kosten der Fremden in unserem Land; Solidarität der Westeuropäer auf Kosten der Dritten Welt.

»Nehmet einander an – echte Solidarität statt Massenarbeitslosigkeit und Neue Armut« heißt daher das Schwerpunktthema im Heft zum Kirchentag 1993. Auf der letzten Innenseite dieses Heftes steht, wo wir auf dem Kirchentag zu finden sind.

Ernst-Ulrich Huster, Professor für Sozialarbeit an der evangelischen Fachhochschule RWL in Bochum, kritisiert mit seinem Beitrag über die Lebenslage Armut unser soziales Sicherungssystem und öffnet den Blick für die Ausgrenzungsmechanismen.

Ulrich Peter, unser Bundessprecher hat die »Hiobsbotschaften« der derzeitigen schweren Wirtschaftskrise unseres Landes analysiert und warnt vor einem öffentlichen Meinungsklima, in dem die Unternehmer nun versuchen, ihre Sozialpartnerschaft aufzukündigen. Die **Regionalgruppe HaDoP im B.R.S.D.** aus dem Ruhrgebiet hat vor zwei Jahren zusammen mit der **Arbeitsloseninitiative Dortmund** und der **Initiative Kirche von unten** einen gemeinschaftlichen Artikel zum Thema »Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem« verfaßt. Also eine ökumenische Bemühung im systemüberwindenden Interesse. Die Gruppe **HaDoP** legt auch die Geschichte »Die letzten Tage der Familie N« vor, eine bittere Geschichte über die Katastrophe der Arbeitslosigkeit für eine Familie, wie sie sich millionenfach in unserem Land verschärft noch in den neuen Bundesländern ereignet. Über den Arbeitsplatzkahltschlag im Osten und den Kampf und die Forderungen der Betriebs- und Personalräte aus Berlin und neuen Bundesländern dagegen berichtet **Willibald Jakob**, ev. Theologe und Ökonom. Den Beitrag verdanken wir der **Initiative Christliche Linke** aus den neuen Bundesländern, mit der wir zusammenarbeiten. Zusammen mit ihrem Sprecher **Klaus Körner** hat **Ulrich Peter** den Aufruf »Bundeswehr weltweit? Wir sagen Nein!« verfaßt, der die aktuelle Diskussion, zu der auch in den beiden letzten Heften beigetragen wurde, fortsetzt: Wie muß aus christlicher Sicht die Verantwortung in Deutschland für die internationalen Konflikte wahrgenommen werden?

»Roter Himmel auf Erden?« war die Überschrift des fragwürdigen Einladungstextes einer Tagung der Ev. Akademien Baden und Pfalz zum Religiösen Sozialismus, fragwürdig wie die ganze Tagung. **Christa Peter**, Lehrerin in Berlin, berichtet über den Verlauf der Tagung. Merkwürdig: Das Erbe der alten Religiösen SozialistInnen

tragen, heißt offenbar zugleich wieder Angriffe aushalten müssen, die ihnen einst schon galten.

Zwei alte prominente religiöse Sozialisten haben wir verloren. Im Januar diesen Jahres starb **Ludwig Metzger**, Landesvorsitzender des hessischen B.R.S.D. zu Weimarer Zeiten und Mitglied der Bekennenden Kirche. Erst vor kurzem starb **Heinrich Albertz**, der Theologe und Politiker, von dem vieles bekannt ist, aber nicht, daß er seit 1950 Mitglied unseres Bundes war. Beide werden in Nachrufen von **Ulrich Peter** gewürdigt. Den Schluß der Ausgabe bildet ein Gedicht von **Erich Fried**.

Unter anderem sollen Arbeitswelt und das Sterben der Volkskirche Themen der nächsten Hefte werden. Beiträge dazu, Leserbriefe, Anschriften von InteressentInnen sind uns willkommen. Wir freuen uns, daß die letzten Hefte eine so große positive Resonanz erfahren haben.

Euer Reinhard Gaede und die Redaktion

Ernst-Ulrich Huster

Lebenslage Armut

Entwicklungen, Erscheinungsformen und Lösungen

1. Von der Schwierigkeit im Umgang mit einem alltäglichen Thema

Armut ist in der Bundesrepublik Deutschland lange kein Thema gewesen. Das Wirtschaftswunder der 50er Jahre ließ die Armut im Nachkriegsdeutschland rasch in Vergessenheit geraten. Sozialpolitische Reformen wie etwa die Dynamisierung der Renten sollten auch jenen, die nicht mehr aktiv am Erwerbsleben teilnehmen, einen angemessenen Anteil am gesamtgesellschaftlichen Wohlstand sichern helfen. Das 1961 verabschiedete BSHG war denn auch im

wesentlichen für individuelle Einzelschicksale vorgesehen. Untersuchungen zur Armut im Übergang zu den 70er Jahren befaßten sich, ihrem Selbstverständnis gemäß, mit Randproblemen der Gesellschaft. Faktisch blieb die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger denn auch lange Zeit in etwa konstant.

1963, dem ersten Jahr, in dem das 1962 in Kraft getretene BSHG ganzjährig Gültigkeit hatte, bezogen 838.000 Personen Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU), 10 Jahre später waren es mit 918.000 Personen in etwa gleich viele. Bei den Hil-

fen in besonderen Lebenslagen ist 1973 ein Anstieg der Leistungsbezieher zu verzeichnen, der auf Verbesserungen im Leistungsrecht zurückzuführen ist.

Die sozialliberale Koalition versuchte mit ihrer Politik der inneren Reformen auch im sozialen Bereich weitere Sicherungslücken zu schließen, so vor allem durch die Einführung der Rente nach Mindesteinkommen, wodurch die Armut von älteren Frauen tatsächlich abgebaut werden konnte. Den Stolz der Regierung auf diese sozialpolitischen Neuerungen mochte die damalige CDU/CSU-Opposition nicht unwidersprochen hinnehmen. Mit ihrer These von der Neuen Sozialen Frage wollten Heiner Geißler und die Unionsparteien deutlich machen, daß unser soziales Sicherungssystem in hohem Maße erwerbsarbeitsbezogen ist und die sozialen Risiken nur schlecht versorgt, die außerhalb des Erwerbsarbeitslebens stehen. Auch wenn die Zahl von 6 Millionen Armen, die Heiner Geißler meinte feststellen zu können, zu hoch gewesen war, war die Kritik am bestehenden sozialen Sicherungssystem gleichwohl richtig: Das Risiko der Verarmung trifft vor allem jene, die nicht mehr oder überhaupt nicht am Erwerbsleben teilnehmen können. Doch dieses Strukturdefizit unseres sozialen Sicherungssystem hatten und haben alle zu verantworten, die in der Geschichte der Bundesrepublik politisch Verantwortung getragen haben und weiterhin tragen.

Die Mitte der 70er Jahre zum Ausbruch kommende hohe Massenarbeitslosigkeit in Westdeutschland war nicht, wie zunächst behauptet wurde, ein vorübergehendes konjunkturelles Problem oder Folge kurzfristiger Veränderungen bei den Rohstoffpreisen, sondern vielmehr Ausdruck eines tiefgreifenden Strukturwandels in unserer Wirtschaft,

in dem zum einen der primäre (Land- und Forstwirtschaft) und der sekundäre (verarbeitendes Gewerbe) Wirtschaftssektor erheblich an Gewicht verloren haben, während der tertiäre Dienstleistungssektor zum schlicht vorherrschenden geworden ist, und innerhalb dessen Verlauf vor allem weniger qualifizierte Arbeitsplätze durch Rationalisierung verloren gegangen sind. Parallel mit dem Anstieg und der Dauer der Massenarbeitslosigkeit stieg die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von HLU. Als nun 1983/84 die auf die Bänke der Opposition verwiesene SPD das Schlagwort von der 'Neuen Armut' gegen die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP richtete, reagierte diese nicht anders als vormals die SPD, sie leugnete und verfolgte ingrimmig jeden, der einen Zusammenhang zwischen der 1982/83 massiv betriebenen Politik der Leistungseinschränkungen im Sozialbereich und den ansteigenden Armutszahlen behauptete. Dabei muß fairerweise ergänzt werden, daß Leistungseinschränkungen etwa im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes und des BSHG auch schon in der Endphase der sozialliberalen Koalition vorgenommen worden waren, allerdings waren die Schnitte nach dem Regierungswechsel ungleich weitreichender.

Beide großen politischen Lager haben sich in den 70er und 80er Jahren als unfähig erwiesen, aus der Regierungsverantwortung heraus angemessen mit dem Faktum umzugehen, daß unser soziales Leistungsrecht in hohem Maße auf eine lebenslange Erwerbsbiographie ausgerichtet ist und daß Lücken in dieser Erwerbsbiographie Verarmungsrisiken nach sich ziehen können. Tatsächlich ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von HLU seit dem sichtbaren Aus-

bruch der Strukturkrise in unserer Wirtschaft massiv nach oben geschneit. Von 1973, dem letzten Jahr mit Vollbeschäftigung, bis 1990 ist die Zahl derer, die Hilfen zum Lebensunterhalt erhalten haben, auf 3,7 Mio. angestiegen. Im Bereich der HLU hat sich die Zahl mehr als verdreifacht (1990: 2,9 Mio.), allein seit 1980 hat sich die Zahl mehr als verdoppelt.

Die Politik, gleich wer sie betrieben hat, leugnet Armut, sie weist Schuld höchstens anderen zu. Sie sucht, die materielle Armut zu bagatellisieren, sei es daß auf die 'wirklich' Hilfebedürftigen abgehoben wird, sei es, daß Armut auf Beziehungsprobleme enggeführt wird, oder sei es, daß die Lebensbedingungen der Länder der Dritten Welt und neuerdings Osteuropas im Kontrast zur Wirklichkeit von Sozialhilfeempfängern gestellt werden. Aber auch die Kirchen beider Konfessionen haben ein sehr zwiespältiges Verhältnis zur Armutsproblematik in unserer Gesellschaft. Kirchliche Würdenträger und Leitungsgremien konnten und können teilweise heute noch sehr scharf Armut ganz allgemein kritisieren. Doch der harten gleichsam prophetischen Anklage folgt kein Hinweis auf konkrete Verarmungsursachen, auf Verteilungsungleichgewichte und eine Mahnung an jene, die konkret Nutznießer bestehender Verteilungsprozesse in unserer Gesellschaft sind. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände standen und stehen in einer zwiespältigen Lage: Auf der einen Seite erfahren sie vor Ort täglich die ansteigende Not, auf der anderen Seite sind sie auf eine enge Kooperation mit den Kommunen, den Ländern und dem Bund angewiesen, so daß auch hier eine offene Kritik unterbleibt. Im Regelfall entziehen sich diese Verbände dem Handlungsdruck dadurch, daß sie zwischen einzeldiakonischer Hilfe und

gesamtgesellschaftlicher Parteinahme mehr oder weniger schroff trennen, sich zu ersterer bekennen, zweiteres aber ablehnen und damit den Zusammenhang zwischen konkreter Hilfe und Thematisierung der Rahmenbedingungen dieser Hilfe mehr oder weniger deutlich aufgeben. Dabei sind die Kirchen keine neutrale Kraft in unserer Gesellschaft. Sie haben ihren Platz in dieser Gesellschaft, sie sind durch ihre biblische Tradition zur Parteinahme für den Entrechteten gehalten, aber sie sind Kirche aller, sie müssen dialogfähig bleiben, aber nicht so, daß ihr biblischer Auftrag nicht mehr erkennbar ist.

Armut in einer reichen Gesellschaft: Der Glamour unserer reichen Gesellschaft verstellt den Blick auf die Wirklichkeit der Armut. Die Wohlstandsmehrung für breite Kreise dieser Gesellschaft verstellt den Blick auf die Ausgrenzungsmechanismen. Armut stört, sie wird unsichtbar gemacht, sie wird verschwiegen. Armut ist die Kehrseite von Reichtum: Wer sich mit Armut beschäftigt, muß sich auch dem Reichtum zuwenden. Hierin liegt letztlich die Ursache, warum es in unserer Gesellschaft so schwierig ist, sich mit der alltäglichen Armut auseinanderzusetzen.

2. Reichtum und Armut in Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Dies gilt auch nach Herstellung der deutschen Einheit, zumal sich der Reichtum nach wie vor dort konzentriert, wo er war, nämlich in Westdeutschland. Parallel zum Anstieg dieses Reichtums hat die Zahl der Personen dramatisch zugenommen, die im Westen ohne staatliche Hilfe nicht ihr Auskommen fristen können. Die Verteilungsschieflage in der Bundes-

republik hat sich in den 80er Jahren in einem erheblichen Ausmaß zugespitzt. Dabei sollen und können im weiteren nur die monetären Verteilungsvorgänge berücksichtigt werden, nicht aber die Realtransfers.

Die funktionelle Einkommensverteilung

In den 60er und 70er Jahren konnten die abhängig Beschäftigten ihren Anteil am Volkseinkommen steigern. Doch ist dieser Anteil bis Anfang der 90er Jahre wieder gesunken und liegt nunmehr mit 71,2% deutlich unter dem vor 10 Jahren (1981: 76,8%). Nun ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung in diesem hier betrachteten Zeitraum erheblich angestiegen ist, daß also wesentlich mehr Personen das gesamte Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit unter sich aufteilen müssen. Betrachtet man die um diesen Struktureffekt bereinigte Bruttolohnquote, dann kommt man für 1991 mit 66,2% auf einen Wert, der um 6% unter dem Vergleichswert von 1981 liegt (72,4%).

Diese Entwicklung ist durch die staatliche sekundäre Umverteilungspolitik über Steuern und Sozialabgaben noch verschärft worden, denn über die gesamten 80er Jahre hinweg fallen die Zuwachsraten bei den Einkommen aus Unternehmertätigkeiten netto noch höher aus als brutto. Im Zeitraum von 1980 bis 1989 sind diese Einkommen aus Unternehmertätigkeit brutto um 65,9%, netto aber um 75% gestiegen als Folge von massiven Entlastungen von Unternehmenssteuern. 1989 hat sich hier erstmals eine Trendumkehr abgezeichnet, die steuerliche Belastung der Unternehmensgewinne und die direkten Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtsper-

sönlichkeit sind im Durchschnitt von 38,6% im Jahr 1980 auf 30,1% gesunken.

Anders verhält es sich bei den Arbeitnehmerinkommen. Die Gesamtbelastung allein durch die Lohnsteuer ist von 16,2% im Jahr 1980 auf nunmehr 19% gestiegen. Nimmt man die Sozialabgaben hinzu, kommt man 1989 auf eine Belastung von ca. 34%, ein absoluter Spitzenwert in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Steuerreform 1990 brachte hier zwar eine Entlastung, allerdings heben die Entscheidungen, die 1991/92 getroffen worden sind, diese de facto wieder auf. In den 80er Jahren sind die Unternehmen und die Bezieher von Vermögenseinkommen die eindeutigen Gewinner im Verteilungskampf.

Doch trotz dieser außerordentlichen Explosion bei den Unternehmensgewinnen und den Einkommen aus Vermögen ist die Investitionsquote in den 80er Jahren weit hinter der der 60er und 70er Jahre zurückgeblieben. Wurden 1960 immerhin 22,6% des Brutto sozialproduktes in Anlagen investiert, 1980 immerhin noch 19%, fiel dieser Wert Mitte der 80er Jahre auf 17,5%. Folge davon sind dann Rücklagen im Unternehmensbereich, die nicht investiert werden, auf den Kapitalmarkt drängen und derzeit eine Größenordnung von ca. 670 Mrd. DM annehmen.

Die platte Gleichung Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze in der Zukunft kann nicht aufrecht erhalten werden. Dabei haben die bundesdeutschen Wirtschaftsunternehmen Selbstfinanzierungsquoten, die bei über 90% liegen. In den Wirtschaftswunderjahren lag diese Quote bei 70%, d. h. ein Großteil der Unternehmen kann heute bei uns investieren ohne einen einzigen Kredit aufnehmen zu müssen.

Entwicklung der Haushaltseinkommen

Bei der Entwicklung der Haushaltseinkommen kommen wir zu einem ähnlich eindeutigen Ergebnis. In der Bundesrepublik Deutschland (Altgebiet) hat es 1988 26 Mio. Haushalte mit 59 Mio. Menschen gegeben, die zusammen über ein Einkommen von 1,2 Billionen DM verfügten. Verfügbare Einkommen meint hier das gesamte Familieneinkommen aus allen Einnahmequellen, also auch mehrere Verdienste oder Sozialeinkommen. Dann wurden von den Bruttoeinkommen die Steuern und die Sozialabgaben abgezogen, die Finanztransfers dagegen wie Kindergeld, Wohngeld etc. dazu gerechnet. Die nachfolgenden Zahlen aus der bislang letzten vorliegenden Modellrechnung des DIW in Berlin beziehen sich auf die Haushaltseinkommen.

Die Arbeitnehmerhaushalte verfügten im Schnitt über 51.000 DM im Jahr, pro Haushaltsangehörigen ergab dies ca. 20.000 DM. Im Schnitt nahmen auch die Arbeitnehmerhaushalte an dem gesamtgesellschaftlichen Wohlstand teil, wobei im Regelfall ca. 1,5 Personen zu diesem Einkommen der Haushalte beitrugen. Die Arbeitnehmerhaushalte haben durchschnittlich etwa 10% ihres verfügbaren Einkommens gespart.

Allerdings muß man hier sehr vorsichtig sein, denn bei Arbeitnehmern gibt es schon eine erhebliche Differenzierung zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten. Und dann muß man auch noch einmal in den einzelnen Gruppen differenzieren. Um es einmal am Beispiel der Arbeitnehmer deutlich zu machen: 3,8% aller Arbeitnehmerhaushalte mußten monatlich mit weniger als 2.000 DM auskommen. 30% mit weniger als

3.000 DM. Allein in der Gruppe der Arbeiter waren 400.000 Haushalte auf weniger als 2.000 DM und schließlich 2,6 Mio. Haushalte, das sind 45% dieser sozialen Gruppe, auf weniger als 3.000 DM angewiesen.

Die Arbeitnehmerhaushalte haben in der ersten Hälfte der 80er Jahre Teile ihrer Kaufkraft real einbüßen müssen, das heißt, die Lohnzuwächse haben die höheren Belastungen durch Steuern, Sozialabgaben und Geldentwertung nicht ausgleichen können. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre stiegen die Realeinkommen insgesamt gerade so viel, daß die Einkommensverluste wieder wettgemacht werden konnten und die Arbeitnehmerhaushalte am Ende der 80er Jahre real wieder dort standen, wo sie sich am Ende der 70er Jahre schon einmal befunden hatten.

Anders in der Gruppe der Selbständigenhaushalte. Diese verzeichnen seit 1970 durchgängig einen Einkommenszuwachs. Real konnten die verfügbaren Einkommen von 1979 bis 1989 um 47% zulegen. Die Selbständigenhaushalte außerhalb der Landwirtschaft (=5,9% aller Haushalte) hatten 1988 ein Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen von 327,5 Mrd. DM (= 21,5% des gesamten Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommens) und ein verfügbares Einkommen von 251,2 Mrd. DM (= 19,7% aller verfügbaren Einkommen). Pro Haushalt ergab dies im Schnitt DM 133.046,-, pro Haushaltsangehörigen stand mit DM 44.055,- nur geringfügig weniger zur Verfügung als im Schnitt für eine ganze Arbeitnehmerfamilie! Neben den Unternehmen sind so die Selbständigenhaushalte die eindeutigen Gewinner im Verteilungskampf der 80er Jahre. Dabei hat die Sparquote der Selbständigenhaushalte mit 27% einen absoluten Hö-

hepunkt erreicht. Nun ist dabei zu bedenken, daß Selbständige im Regelfall eigenständig Vorsorge für allgemeine Lebensrisiken wie Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter treffen müssen. Angesichts des vorgelegten Zahlenmaterials kann man allerdings feststellen, sie können dieses im Regelfall auch.

Neben den unteren Einkommensbeziehern in den Arbeitnehmerhaushalten sind die eigentlichen Verlierer im Verteilungsstreit die Arbeitslosen. 1988 standen hier jedem Haushalt im Schnitt nur 25.700 DM, je Haushaltsangehörigen nur 11.300 DM zur Verfügung. Selbständigenhaushalte hatten also fünfmal so viel zur Verfügung wie ein Arbeitslosenhaushalt. Dort, wo die Einkommen so niedrig sind, ist Sparen nicht mehr möglich, müssen Guthaben aufgelöst oder Schulden gemacht werden. 3% des verfügbaren Einkommens in dieser sozialen Gruppe kommen aus diesen Quellen.

4,5% der westdeutschen Bevölkerung können ihren Lebensunterhalt nur dadurch fristen, daß sie regelmäßige Hilfen vom Sozialamt bekommen. Dabei schöpfen keineswegs alle Anspruchsberechtigten ihre Rechte aus. Eine neue Langfriststudie belegt erneut diesen Umstand und kommt zu dem Ergebnis, daß gut 10% aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren nur über 50% oder weniger der durchschnittlichen Haushaltseinkommen verfügten. Ca. 5% aller Haushalte haben sogar weniger als 40% des durchschnittlichen Haushaltseinkommens ("strenge Armut"). Aber auch knapp oberhalb dieser Armutsgrenzen konzentrieren sich zahlreiche Haushaltseinkommen: 20% aller Haushalte können nur auf 60% und weniger des durchschnittlich in unserer Gesellschaft verfügbaren Haushaltseinkommens zurückgreifen. Dabei ist das Ar-

mutrisiko von Ausländerhaushalten mehr als doppelt so hoch wie das der deutschen Haushalte.

Diese Anteilszahlen geben die Dynamik des Armutrisikos nur unzureichend wieder. Es zeigt sich nämlich, daß im Zeitraum von 1984 bis 1989 immerhin ca. 13% aller bundesdeutschen Haushalte ein- oder mehrmals von "strenger Armut" betroffen gewesen sind, also mit weniger als 40% der durchschnittlichen Haushaltseinkommen auskommen mußten. Unter die Armutsgrenze im Sinne der 50% Marke rutschten gar 25% aller Haushalte ein- oder mehrmals, bei den Ausländern war dies sogar bei jedem 2. Haushalt der Fall! 40% aller Haushalte schließlich lagen mit ihrem Einkommen ein- oder mehrmals in diesem Zeitraum an oder unter der 60%-Grenze. Dabei steigt die Wahrscheinlichkeit, erneut unter eine dieser Grenzen zu rutschen, mit der Armut selbst: Von den Haushalten, deren Einkommen nur geringfügig über der Armutsschwelle liegen, verbleibt ca. jeder Zweite in dieser Einkommensposition, lediglich 25% schaffen den Aufstieg in eine sichere Position oberhalb der Armutsgrenze, ein weiteres Viertel verbleibt im Übergangsbereich zwischen Armut und Nicht-Armut.

Die soziale Verteilung in der Bundesrepublik Deutschland ist somit ausdifferenzierter denn je. Auf eine Darstellung der Vermögensverhältnisse muß an dieser Stelle verzichtet werden. Sie würde die aufgezeigten Disparitäten noch verstärken: Zwischen Arm und Reich klappt die Schere weit auseinander. 2,1 Mio. aller westdeutschen Privathaushalte mußten 1988 pro Kopf mit weniger als 50% des durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommens auskommen, waren also arm. 10,7 Mio. Haushalte hatten pro Kopf nur 50 bis 90% des Durchschnitts-

einkommens, waren also knapp dran. Etwa 4,5 Mio. Haushalte erreichten das Durchschnittseinkommen, 7,1 Mio. Haushalten ging es gut, pro Kopf erreichten sie 110 bis 200% des Durchschnittseinkommens. Und eben nicht nur die oberen Zehntausend, sondern 1,8 Mio. Haushalten schließlich ging es bei einem Pro-Kopf-Einkommen von über 200% des Durchschnittseinkommens blendend.

Noch globaler und eindrucksvoller gilt: das obere Drittel der privaten Haushalte hat mit einem Anteil von 57% der gesamten verfügbaren Haushaltseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland mehr als die beiden unteren Drittel zusammen, auf die nämlich nur 43% entfallen. Eine große Differenz besteht noch einmal zwischen dem mittleren und dem unteren Drittel: Auf das untere Drittel aller Haushalte entfällt mit einem Anteil von 16% nur die Hälfte dessen, was ihm proportional eigentlich zustünde. Aber auch das mittlere Drittel bleibt mit einem Anteil von 27% unter seinem ihm bei gleicher Verteilung zustehenden Drittel.

3. Lebenslage Armut

Diese Republik ist reich, aber dieser Reichtum ist nicht nur höchst ungleich verteilt, sondern steht im krassen Gegensatz zur Existenz von Armut, wie sie insbesondere in der Entwicklung der Sozialhilfeempfänger zum Ausdruck kommt. Eine zentrale Ursache hierfür ist die allen Hoffnungen und Prophezeiungen zum Trotz anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Seit Mitte der 70er Jahre hat es zunächst eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von einer Million gegeben, seit Beginn der 80er Jahre sind im Jahresdurchschnitt über zwei Millionen Personen arbeitslos. Inzwischen be-

stätigen selbst offizielle Regierungskreise, was Arbeitsmarktexperten seit Jahren vorausgesagt haben, daß nämlich die derzeitige Massenarbeitslosigkeit auch in Westdeutschland bis Ende der 90er Jahre fortauern wird.

Zugleich ist diese Armut das Ergebnis einer Struktur sozialer Sicherung in den vorgelagerten Sozialversicherungszweigen, die soziale Risiken asymmetrisch erfaßt und abfedert. Vor allem für die sogenannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes fällt der Schutz innerhalb der Sozialversicherung nur höchst unzureichend aus. Hinzu kommt, daß im Zuge der Haushaltskonsolidierung im Verlauf der 80er Jahre die bestehenden Sicherungslücken erweitert und die Leistungsniveaus abgesenkt wurden.

Insgesamt hat sich die Struktur der Armutsbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stark verändert. So ist auf der einen Seite die Zahl der älteren Menschen, die laufende Hilfen zum Lebensunterhalt beziehen, leicht rückläufig, während die Zahl der im Erwerbsleben Stehenden, der 18 bis 60-jährigen, von 257.000 im Jahr 1973 auf 1,6 Mio 1990 und damit um das 6-fache gestiegen ist. In der Gruppe der 18 bis 25-jährigen gibt es sogar einen Anstieg um das 13-fache, nämlich von 27.000 im Jahr 1973 auf 369.000 im Jahr 1990. Armut ist weiterhin vor allem ein Problem von Frauen, 53% der Empfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt sind Frauen, nimmt man den Anteil unter den deutschen Empfängerinnen und Empfängern, so beträgt dieser bei den Frauen sogar 57%. Aber auch Männer sind von der Gefahr der Verarmung nicht mehr in dem Maße verschont wie früher. Die Zahlen der Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe geben nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit von Armut wieder,

nämlich den Umfang der bekämpften Armut. Armut ist ein relativer Begriff. Er relativiert sich einmal geschichtlich: Das Wohlstandsniveau etwa in der Phase der Industrialisierung in Deutschland war insgesamt ein anderes als heute, so daß sich hier Vergleiche nur schwer anstellen lassen. Desweiteren ist Armut relativ bezogen auf den jeweiligen Wohlstand in einer Gesellschaft. Von daher bestimmt sich Armut etwa in der reichen Bundesrepublik Deutschland anders als etwa in dem EG-Land Portugal.

Seit den Untersuchungen von Richard Hauser dient das durchschnittliche, nach Personen gewichtete Haushaltseinkommen in unserer Gesellschaft als Vergleichsmaßstab für Armut. Wer nur ca. 40% dieses durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommen realisieren kann, lebt demnach in strenger Armut, wer nur 60% erreicht, lebt in milder Armut. Die EG hat in ihrer Armutsberichterstattung bezogen auf die jeweiligen nationalen Volkswirtschaften 50% des vergleichbaren durchschnittlichen gewichteten Haushaltseinkommens als Armutsgrenze festgelegt.

Armut wird hier letztlich verstanden als das Fehlen finanzieller Ressourcen. Hilfe beschränkt sich deshalb darauf, Einkommensersatz zu leisten, sprich Geld auszuzahlen. Dieser Ressourcenansatz bei der Armutsdefinition und -bekämpfung ist wichtig und notwendig, aber nicht hinreichend. Der auf Gerhard Weisser zurückgehende Lebenslage-Ansatz versucht über die finanzielle Ausstattung der Hilfebedürftigen hinaus, deren gesamte Lebensumstände einzubeziehen. Lebenslage meint nach Weisser den »Spielraum, den einem Menschen (einer Gruppe von Menschen) die äußeren Umstände nachhaltig für die Befriedigung der Interessen bieten, die den

Sinn seines Lebens bestimmen«. Gemeint ist

- der Versorgungs- und Einkommensspielraum
- der Kontakt- und Kooperationsspielraum
- der Lern- und Erfahrungsspielraum
- der Muße- und Regenerationspielraum
- der Dispositions- und Partizipationspielraum

Eine Lebenslage ist dann als arm zu bezeichnen, wenn sie in allen zentralen Lebensbereichen von ihrer materiellen und immateriellen Dimension her unterhalb von Minimalstandards anzusiedeln ist.

Eine derartige Ausweitung des Armutsbegriffs macht das Erscheinungsbild von Armut nur noch diffuser. Die größere Angemessenheit eines derartigen umfassenden Armutsbegriffs wird dadurch erkauft, daß man zugleich eine größere Unschärfe hinnimmt. Gleichwohl ist es auf Dauer unverzichtbar, beide Armutsbegriffe, den ressourcentheoretischen und den der Lebenslage, parallel zu verwenden. Denn Armut kennzeichnet nun einmal eine defizitäre Lebenslage, die sehr komplex ist und zu deren Überwindung es zahlreicher und miteinander verbundener Wege bedarf. Hierzu ein paar Schlaglichter:

- Die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt eine der Hauptursachen für die Verarmung von Menschen in unserem Lande dar. Trotz des Anstiegs der Erwerbstätigenzahlen bundesweit hat sich die Zahl der Langfristarbeitslosen, der Mehrfacharbeitslosen und die Zahl der Arbeitslosen bei den sog. Problemgruppen nicht oder nur unwesentlich verringert. Die steigende Verarmung ist die

Folge davon, daß Arbeitskräfte schlicht nicht mehr benötigt werden, in Westdeutschland als Folge des langanhaltenden wirtschaftlichen Strukturwandels, in Ostdeutschland als Folge einer massiven Deindustrialisierungspolitik.

– Ein weiteres Problem stellen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dar. Insbesondere Jugendliche ohne Hauptschulabschluß bzw. nur mit Hauptschulabschluß haben große Schwierigkeiten, eine gute berufliche Ausbildung zu finden und erfolgreich zu absolvieren. Von den Geburtenjahrgängen 1960 - 1969 blieben in den 80er Jahren im Bundesgebiet ca. 1,5 Mio. ohne jeden beruflichen Ausbildungsabschluß. Diese Jugendlichen verstärken das Armutspotential in unserer Gesellschaft erheblich.

– Während das neue Bundesland Sachsen in seiner Verfassung das Recht eines jeden Menschen auf angemessenen Wohnraum als Staatsziel verankert, wird das Wohnungsproblem bundesweit zu einem sozialen Skandal größten Ausmaßes. Veränderte Lebenseinstellungen, der hunderttausendfache Zuzug von Aus- und Übersiedlern und eine verfehlte Wohnungspolitik haben dazu geführt, daß insbesondere in den städtischen Ballungsgebieten vor allem für einkommensschwache Familien kaum noch angemessener Wohnraum zu tolerablen Mietpreisen zu haben ist: Das untere Zehntel der Einkommensbezieher in der Bundesrepublik Deutschland (Altgebiet) muß - trotz Entlastung durch Wohngeld - rund 38% seines jeweils verfügbaren Haushaltseinkommens aufwenden, um seine Wohnung finanzieren zu können. Das obere Zehntel der Einkommensbezieher dagegen muß, obgleich hier selbstverständlich eine weitaus bessere Qualität der Wohnung gegeben ist, ledig-

lich ca. 15% seines jeweiligen verfügbaren Familieneinkommens für Mietzahlungen aufwenden. Mietschulden, Räumungsklagen und die Einweisung in Obdachlosenasyile sind an der Tagesordnung. Die als vorübergehende Notmaßnahme gedachten Einweisungen erweitern sich zunehmend als dauerhafte Deklassierung der Betroffenen.

– Arbeitnehmer ohne eine qualifizierte Berufsausbildung und an unqualifizierten Arbeitsplätzen sind in besonderem Maße Belastungen wie schwerer Arbeit, Hitze, Kälte, Nässe, Streß u.a.m. ausgesetzt. Entgegen immer wieder erhobenen Vorwürfen über ungerechtfertigtes und leichtfertiges Krankfeiern hängen Ausmaß und Dauer der Arbeitsunfähigkeit im Regelfall von diesen Belastungen der Arbeitswelt ab. Arbeitsbedingte Erkrankungen und daraus resultierendes chronifiziertes Leiden werden nach wie vor im wesentlichen als ein privates Problem der betroffenen Arbeitnehmer angesehen. Häufig folgen aus derartigen Belastungen ein frühes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, niedrigere Renten und – wie etliche Studien belegen - ein vorzeitiger Tod.

4. Reichtum und Armut: eine Herausforderung an die Sozialpolitik

Wenn hier von Armut gesprochen wird, dann im Kontrast zu dem immensen Reichtum in dieser Gesellschaft. Durch die fünf neuen Bundesländer, die Umstrukturierungsprozesse in Osteuropa werden die Probleme der Armutsbevölkerung bei uns nicht geringer, sie relativieren sich auch nicht. Angesichts des großen Reservoirs qualifizierter Fachkräfte in Ostdeutschland und in Osteuropa sind die Chancen der Langfristlosen und der weniger Qualifizierten,

der gesundheitlich Beeinträchtigten und vieler Frauen fast vollständig gesunken, jemals wieder in das Erwerbsleben integriert zu werden. Die westdeutsche Armutsbevölkerung wird durch jene aus Ostdeutschland verstärkt, die dort aus Gründen des Alters, der Ausbildung oder wegen des Fortfalls ganzer Wirtschaftszweige und Betriebsteile aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt werden. Der bei uns immerhin 20 Jahre währende wirtschaftliche Strukturwandel wird in Ostdeutschland in nur wenigen Jahren 'nachgeholt'. Bedenkt man, daß nicht einmal der 'reiche' Westen die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels angemessen abfedern und bewältigen konnte, so steht für den Osten eine noch dramatischere Entwicklung zu erwarten.

Will Sozialpolitik ihren Anspruch, defizitäre Lebenslagen auszugleichen, auch in Zukunft einlösen, muß sie diese immense soziale Polarisierung endlich zur Kenntnis nehmen und aufhören, sich daran zu beteiligen, soziale Probleme mit dem Verweis auf die Not an anderen Stellen zu relativieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Teil der Sahelzone, sie liegt nicht in Osteuropa! Das Bruttosozialprodukt beträgt derzeit 2,7 Billionen DM, die privaten Haushalte verfügen allein über ein Geldvermögen in Höhe von ca. 3 Billionen DM, die westdeutschen Unternehmen haben ca. 670 Mrd. DM auf der hohen Kante liegen!.

Diese Gesellschaft ist reich, der Staat hat bei einer Staatsquote von ca. 50% an diesem Reichtum in einem hohem Maße teil. Geld ist da, man muß nur den Mut haben, es dorthin zu leiten, wo es dringend gebraucht wird, sei es zu investiven, sei es zu konsumtiven Zwecken. Zumindest muß die Politik aufhören, im-

mer noch jenen, die schon jetzt nicht wissen, wohin mit ihrem Geld, noch mehr Privilegien einzuräumen.

Zu jenen, die dringend mehr Geld benötigen, gehören die Kommunen. U.a. gilt es, die Kommunen von Sozialhilfeausgaben zu entlasten, die inzwischen einen Umfang erreicht haben, die bei Verabschiedung des BSHG nicht vorgesehen gewesen sind: Denn die Sozialhilfe sollte letzter Ausfallbürge, nicht aber eine Mindestsicherung für mehr als 3 Mio. Menschen sein.

In diesem Sinne gilt es, politisch neue Mindestsicherungsformen einzuklagen. Die Sozialhilfe mit ihrem niedrigen Niveau, ihrer z.T. entwürdigenden Bedarfsprüfung und dem Heranziehen von Familienangehörigen muß durch eine neue bedarfsorientierte Grundsicherung ersetzt werden. Dabei soll quer durch alle Sicherungssysteme, die Einkommensersatz leisten, ein einheitlicher Sockel in Höhe eines bedarfsgerecht angehobenen Sozialhilferegelsatzes als Mindestleistung eingezogen werden. Somit wäre dann etwa bei Renten, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe eine ergänzende Sozialhilfe nicht mehr notwendig.

Daneben gilt es, flächendeckend soziale Dienstleistungen vorzuhalten, insbesondere für die Unterstützung häuslicher Pflege, darüberhinaus aber auch teilstationäre und stationäre Pflegeeinrichtungen. Zur Absicherung des Pflegerisikos und damit zur Entlastung der Kommunen ist eine kostendeckende Pflegeversicherung im Rahmen der Sozialversicherung unverzüglich aufzubauen.

Und schließlich gilt es, sozial- und bildungspolitisch die Bedingungen für eine Verbesserung der gesamten Lebens-

lage Armut einzuklagen. Bessere Bildungs- und Berufschancen gerade für sozial Benachteiligte, kostengünstiger und gesunder Wohnraum für untere Einkommensbezieher, mehr Arbeitsschutz und

weniger Belastungen in der Arbeitswelt, dies sind Forderungen zur wirksamen Bekämpfung von Armut als Überwindung umfassender defizitärer Lebenslagen.



Ein Zeitalter endet: Das Unternehmerlager kündigt die Sozialpartnerschaft auf.

Die Hiobsbotschaften aus der deutschen Wirtschaft reißen nicht mehr ab. Fast alle Branchen melden hohe Verluste, stark zurückgehende Auftragseingänge und eine deutlich sinkende Auslastung der Produktionskapazitäten. Dementsprechend gibt eine Firma nach der anderen Maßnahmen zum mehr oder weniger drastischen Personalabbau bekannt. Einige Kommentatoren und Kapitalrepräsentanten halten die Krise für die schlimmste seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Wirtschaftsseiten der Presse verdeutlichen dies:

– Meldete etwa die CDU-ausgerichtete Berliner Neue Zeit am 4.12.92 »fast drei Millionen Arbeitslose«, so stieg die Zahl bereits im März 1993 auf über 3,5 Millionen (Neues Deutschland vom 7.3.1993).

– So streicht die Ruhrkohle-AG »ein Viertel ihrer derzeit noch etwa 80.000 Arbeitsplätze« (TAZ v.26.3.1993), da sinken binnen drei Jahren die Arbeitsplätze im Stahlbereich des Ostens von 80.000 auf 3.000 (Frankfurter Rundschau, FR, v.26.3.93). In Gesamtdeutschland werden 1993 ca. 25% der Stahlarbeitsplätze verschwinden, davon allein in NRW ca. 16.000 (Berliner Zeitung v.10.2.93).

– Da spricht Bundeswirtschaftsminister Rexrodt von der »tiefsten Rezession seit 1973« (Neue Zeit v.28.4.93).

– Da vollzieht die Bundesanstalt für Arbeit den Kahlschlag bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wodurch die Arbeitslosenzahl um weitere 250.000 ansteigt (TAZ v.27.2.93). Bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) fallen deswegen »70-80%« der ABM-Stellen weg (Westfälische Rundschau v.8.5.93).

– Da »baut« die bisher boomende Chemieindustrie 1993 ca. 20.000 Stellen ab (Berliner Zeitung v.5.2.93).

– Da schätzt der »Verband der Automobilindustrie«, daß in den nächsten Jahren im Bereich der Autozulieferer »300.000 Stellen gefährdet« sind (Berliner Zeitung v. 25.2.93).

– Da bricht die PKW-Produktion um mehr als ein Viertel ein (FR v.20.2.1993) und 50.000 Stellen werden vernichtet (Berliner Zeitung v.3.2.1993). Allein Mercedes hatte 1992 15.000 Stellen abgebaut (TAZ 23.4.93).

– Da verschwand 1992 jeder 10. Arbeitsplatz in der deutschen Textilindustrie (Neue Ruhrzeitung v.25.2.1993), das waren fast 20.000 Stellen (Neues Deutschland v.22.2.1993). 1993 wird mit dem Verlust von weiteren 18.000 gerechnet (FR v.19.3.93).

– Da erlebt der deutsche Maschinenbau die »tiefste Krise seit 40 Jahren« (Berliner Zeitung v.18.3.1993), die Beschäftigtenzahl sank 1992 im Westen um 63.000 und im Osten um 100.000. Die FR

sieht für 1993 120.000 Arbeitsplätze »wackeln« (FR v.18.3.93).

– Da baut die Deutsche Bank (Rekordgewinn 1992 6,4 Milliarden DM) 1993 3000 Stellen ab (TAZ v.1.4.1993).

– Nachdem in der Elektroindustrie bereits 1992 30.000 Stellen wegfielen, werden dies 1993 ca. 40.000 sein (Frankfurter Allgemeine Zeitung v.9.3.1993).

– Da erreichen die Kurzarbeiterzahlen neue Rekordhöhen. Im März waren es rund eine Million, davon 296.000 im Fahrzeugbau und 180.000 im Maschinenbau (FR v.6.3.1993).

Hoffnungsschimmer werden nicht gemeldet:

Im Osten sind nach einem Bericht des CDU-Organs Neue Zeit »fünf Millionen neue Arbeitsplätze nötig: Kosten 1000 Milliarden Mark« (23.2.1993). »Jeder dritte Ostdeutsche ist ohne regulären Arbeitsplatz«, wie die Berliner Zeitung v.4.2.92 meldete. Die Deutsche Bank rechnet 1994 mit »vier Millionen Arbeitslosen« (Berliner Zeitung v.16.2.93), die TAZ meldet am 7.4.93 3,4 Millionen offizielle und 6 Millionen reale Arbeitslose (TAZ v. 7.4.93)

Der massive wirtschaftliche Einbruch prägt auch die Stimmung in der gesamten Gesellschaft. Der bisherige Zweckoptimismus wird durchgängig von düsteren Prognosen abgelöst. Kaum jemand glaubt noch an den vor der Wende versprochenen Aufschwung. Zukunftsangst ist die vorherrschende Befindlichkeit.

Die Bonner Parteien reagieren auf die Krise und die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas völlig konzeptionslos. Die Krise der Ökonomie geht einher mit einer Krise der offiziellen Politik. Ein Skandal jagt den anderen: von Wai-gel bis Engholm; Streibl bis Krause; von

Heide Pfarr bis...? Das derzeitige Schauspiel um die Engholm-Nachfolge rundet dies ab. Eine Partei, die es nicht einmal schafft, ihre Nachfolge zu regeln, wie soll diese eine Alternative zur Regierung darstellen und glaubhaft machen?

Während man in den Parteien mit sich selbst beschäftigt ist, warten die von Arbeitslosigkeit, Reallohnabbau und Wohnungsnot Betroffenen vergebens auf Antworten. Durchwursteln heißt dagegen die Devise. Es existiert de facto eine »Große Koalition«, die den heutigen Problemen mit den Mitteln vergangener Zeiten beizukommen versucht. Zudem wird diese Vergangenheit verklärt und auf den Gedächtnisschwund der Bevölkerung gesetzt. Einige Schlaglichter seien genannt:

– Die Krise 1966/67, die zur »Großen Koalition« führte, war im Vergleich zu den heutigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen minimal.

– Die CDU war in der Regierung ver-schlissen (wie heute!), aber die SPD war als Alternative so präsent, daß die CDU sie in die Regierung einbinden mußte, um wenigstens die geteilte Macht zu be-halten. Warum sollte heute die CDU die SPD in die Regierung einbinden?

– 1966/67 waren Namen wie Karl Schiller, Helmut Schmidt und andere noch unbeschädigt. Daß heute Nostalgiker sie wieder ausgraben, ja daß Helmut Schmidt sich genötigt sieht, ihm unter-stellte Ambitionen auf die SPD-Kanzler-kandidatur zu dementieren, ignoriert nicht nur ihr Scheitern in den 70er Jah-ren (War da nicht mal etwas mit einem Wechsel von der SPD zur CDU und dem Ende der Regierung Schmidt?), sondern macht auch deutlich, daß es dort keine Antworten auf die Fragen des Jahres 1993 gibt, dafür aber Antworten aus dem

Jahr 1966, die schon damals unzurei-chend waren.

Die Enttäuschung und Wut der Bürge-rinnen und Bürger über diese Politik äußert sich in einer wachsenden Partei-verdrossenheit, Massenaus-tritten und in der Abkehr von den traditionellen Par-teien. Die Hessenwahl ist dafür ein Bei-spiel. Die Nichtwähler waren die größte Partei, während CDU und SPD zusam-men nicht einmal 50% der Wahlberech-tigten erreichten. Wer sich von der Politik nichts mehr erhofft: warum sollte der/die dann noch zur Wahl gehen?

Wenn der Staat nicht handelt, tun die Unternehmer es selbst!

Die Enttäuschung über die Bonner Po-litik ist auch bei den Unternehmern vor-handen und die Kritik an der »Tatenlosigkeit« nimmt zu. Man sieht auf der Kapitaleseite deutlich, daß nach dem Erlöschen des konjunkturellen Strohfeuers (sog. Binnenkonjunktur) im Gefolge der »Wiedervereinigung« die Milliardenbeträge, die als Transfer- und Lohnersatzleistungen in die neuen Bun-desländer fließen, und die riesigen Ver-luste der Treuhand die öffentlichen Haushalte im Westen überlasten und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts-standortes Deutschland gefährden. Zah-lungsunfähige Kommunen und Länder und ein bis über die Ohren verschuldeter Bund können die nötigen infrastrukturel-len Voraussetzungen für die Wirtschaft kaum noch garantieren.

Immer lauter wird deshalb die Kritik der Kapitaleseite an dieser Entwicklung. Die wirtschaftspolitische Konzeptions-lo-sigkeit der Regierung wird angegriffen und eine ökonomische Wende eingefor-dert. Die wirtschaftspolitischen Kom-men-tare der »Welt«, der FAZ und

anderer Blätter machen den Trend deut-lich. Es geht im Kern um folgendes:

Das Geld, das der Staat für Soziallei-stungen ausgibt, kann er zum einen nicht für die Unternehmer ausgeben. Zum an-deren kann die Belastung der Masse der Bevölkerung kaum noch erhöht werden und daß diese Regierung stattdessen die Unternehmenssteuern erhöhen könnte, erhoffen nur noch unbelehrbare Phanta-sten. Also was tun: Die Regierung holt sich das Geld auf dem Kapitalmarkt und treibt die Staatsverschuldung in astrono-mische Höhen. Die Zinszahlungen ma-chen derzeit fast den größten Etat des Bundeshaushaltes aus. Auf dieser Folie ist die Forderung nach Sparmaßnahmen seitens der Unternehmer konsequent. Immer drängender werden die Forderun-gen nach einer Kehrtwendung in der So-zialpolitik der BRD.

Beim sog. »Solidarpakt« gelang dies nicht. Es war nicht zu vermitteln, wieso es sich bei dem Versuch den Sozialstaat zu demontieren um einen »Solidar«-Pakt handeln sollte. Zudem war die CDU, im Gegensatz zur FDP, auch hier unent-schlossen. Das Hin und Her bei den Solidarpakt-Beratungen und die ab-schließende Vereinbarung zwischen Re-gierung und SPD bestätigten die Be-fürchtungen der Kapitaleseite im Kern. Der geforderte drastische Einschnitt in die sozialen Errungenschaften ist nicht in für die Unternehmer ausreichendem Maße erfolgt. Aus Rücksicht auf ihre Wähler haben sich CDU und SPD ver-ständigt, die anfänglich geplanten Kür-zungen zum Teil wieder zurückzu-nehmen und stattdessen erneut beschlos-sen, die Verschuldung und die Steuern zu erhöhen.

Selbst in den wenigen Bereichen, de-nen die Wirtschaft zustimmte, wurden

Rückzieher gemacht. Das ABM-Programm, das schon immer von den Unternehmern scharf kritisiert wurde, mag dies illustrieren. Da beschließt die Bundesanstalt für Arbeit (in Absprache mit Bonn) den Kahlschlag dieses Programms (als ein Beispiel von vielen: derzeit wird jeder dritte Leipziger vom Arbeitsamt bezahlt, davon zehntausende über ABM). Anschließend gibt es Massenproteste und es werden dann doch noch 2 Milliarden bewilligt. Was angesichts der desolaten wirtschaftlichen Lage mindestens 10 Milliarden zuwenig sind, sind für die Unternehmer bereits 2 Milliarden zuviel.

Da die Unternehmer nicht mehr auf eine schnelle Änderung der Bonner Politik hoffen (können?), werden sie selbst aktiv. Ihre Offensive richtet sich auf die Bereiche aus, zu denen sie direkten Zugriff haben und sie versuchen nun tarifpolitisch zu erhalten, was ihnen auf gesamtpolitischer Ebene nicht gelungen ist.

Die Kampagne gegen die »Lohnnebenkosten«, die ursächlich für die schlechte Lage des Wirtschaftsstandortes Deutschland sein sollen, wurde im Frühjahr 1993 wesentlich intensiviert und die Propagandisten des Kapitals in den Medien taten das Ihre zur Verbreitung dieser Positionen. Wie weit diese Propaganda griff, machte eine Erklärung Engholms wenige Tage vor seinem Rücktritt deutlich, als er für die BRD einen zweiten Arbeitsmarkt forderte, auf dem legal unter Tarif gearbeitet werden dürfe. Ein SPD-Vorsitzender, der Lambsdorffs Wirtschaftswunschzettel übernimmt: bis dahin für SPD-Gewerkschafter unvorstellbar!

Nach dieser Vorbereitung begannen die Arbeitgeberverbände zentrale Bestandteile des bisherigen Systems der

Sozialpartnerschaft in Frage zu stellen. Zwei Bereiche sollten das Übungsfeld für weitere Maßnahmen darstellen. Das erste Gebiet stellen die sog. übertariflichen Leistungen dar. Damit sind Lohnbestandteile gemeint, die nicht durch einen Tarifvertrag festgeschrieben sind, also vom Unternehmen »freiwillig« gezahlt werden. Dies macht bei vielen Beschäftigten einige Hundert Mark aus. Großbetriebe wie Bosch und Nixdorf haben angekündigt, die anstehenden Lohnerhöhungen mit den übertariflichen Zahlungen zu verrechnen, was bedeutet, daß die Bosch-KollegInnen offiziell 3% mehr bekommen, sie aber tatsächlich keinen Pfennig mehr sehen, weil Bosch seit Jahren einige Prozent über Tarif zahlt, damit die Beschäftigten nicht abwanderten. Hier vollzieht sich also selbst in Konzernen, die bisher Oasen des »sozialen Friedens« waren, der Abbau der Löhne und Gehälter. Weitere Firmen haben angekündigt nachzuziehen.

Das nächste Feld war die Revision bestehender Tarifverträge, um für die Kapitaleseite bessere Bedingungen erreichen zu können. Seit Anfang der 30er Jahre war es nicht mehr vorgekommen, daß die Arbeitgeberseite einen laufenden Tarifvertrag kündigte und mitteilte, sich künftig nicht mehr daran halten zu wollen. Aber nach 1989 ist diese Republik nicht mehr, was sie mal war. Daß sich die Kapitaleseite ausgerechnet den Osten als Übungsgebiet hierfür aussuchte, war konsequent.

Im Frühjahr 1993 meldeten die Zeitungen einen »dramatischen Mitgliederchwund beim DGB«. Die Berliner Zeitung v. 27.1. nannte 600.000 Austritte in Ostdeutschland, womit der DGB dort von 4 Millionen auf ca. 3,4 Millionen Mitglieder geschrumpft war. In Berlin allein waren es 100.000 Austritte, die IG-

Metall verlor ein Drittel ihres Bestandes (Berliner Zeitung vom 27.4.1993). Eine geschwächte Gewerkschaft, durch Massenarbeitslosigkeit (75% der industriellen Arbeitsplätze wurden in Ostdeutschland seit 1989 vernichtet, die tatsächliche Arbeitslosigkeit beträgt in manchen Regionen 40-50%) und Zukunftsangst eingeschüchterte, kampfunerfahrene Belegschaften und dann noch die geschürten Vorurteile im Westen (auch bei den West-Belegschaften!) die Ossis würden sowieso nicht viel tun, würden aber immer mehr haben wollen. Die feineren Kreise der Wirtschaftslobby argumentierten ähnlich, aber halt »feiner« nicht mit der »Faulheit«, sondern mit der unterschiedlichen Produktivität, was zum gleichen Ergebnis führte. Der Beschluß, die Osttarife zu kündigen und dort eine Bresche in das soziale System zu schlagen, ist nicht im Osten gefaßt worden, sondern in den obersten Etagen der Gesamt-Arbeitgeberverbände. Es war regelrecht peinlich, wie zweimal der sächsische Arbeitgeberchef von seiner Westzentrale »zurückgepfiffen« wurde, als er sich bereits mit der IG-Metall geeinigt hatte.

Es ging der Kapitaleseite um einen grundlegenden Wandel in den sozialen Beziehungen:

– Gegenüber den Gewerkschaften sollte sowohl eine Differenzierung und Aushöhlung von bestehenden Tarifverträgen (Incl. der Einführung von betrieblichen Ausnahmeregelungen) als auch die Möglichkeit, bereits geschlossene Verträge komplett zu revidieren, durchgesetzt werden.

– Gegenüber der Ex-DDR-Bevölkerung sollte deutlich gemacht werden, daß es eine Angleichung an das Niveau

des westdeutschen Lebensstandards in absehbarer Zeit nicht geben wird.

Die IG-Metall war konsterniert. Daß die Unternehmer die Sozialpartnerschaft wegwarfen wie eine alte Zeitung, war nicht im Plan vorgesehen. Noch weniger war eingeplant, daß jetzt auf diesen politischen Angriff auch politisch zu reagieren war. Eine Gewerkschaft, die 40 Jahre als »Tarifmaschine« fungiert hatte, war in dieser Situation nicht zu beneiden. Erschwerend kam hinzu, daß nach dem Ende des »realen« Sozialismus der Klassenkampf, von dem sich auch in den Gewerkschaften viele verabschiedet hatten, nun auf einmal von oben geführt wurde.

Nachdem alle Kompromißversuche der IG-Metall im Sande verliefen, mußte wohl oder übel der Streik vorbereitet werden. Zur Überraschung aller (incl. des Autors), war die Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen im Osten wesentlich größer, als erwartet. Daß die Urabstimmung in Sachsen über 80% für Streik ergab, hatten die Strategen der Arbeitgeber nicht erwartet. Sie konnten sich offensichtlich auch nicht vorstellen, daß es nicht mehr geht, mit Ostlöhnen Westpreise zu bezahlen.

So betrugen im April die Ostlöhne in der Metallindustrie effektiv 53% des Westniveaus, weil Arbeitszeit, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt und andere tarifliche Leistungen weiterhin weit unter dem Weststand liegen und übertarifliche Leistungen nicht gezahlt werden. Insofern hätte die dann gekündigte Erhöhung des Lohntarifs um 26%, die in Westausmaße geradezu astronomische Ausmaße hat, den Reallohn lediglich auf ca. 57% des Westtarifs steigen lassen. Die Belegschaften hatten nicht mehr viel zu verlieren. Ein weiterer Aspekt ist von Kolleginnen und Kollegen der Ost-Me-

tallbetriebe oft genannt worden. Das Arbeitslosengeld orientiert sich bekanntermaßen am vorherigen Einkommen und dann macht es schon einen Unterschied, ob dieses 26% niedriger war oder nicht. Und wer wäre im Osten nicht von Arbeitslosigkeit bedroht.

Im Moment (14.5.) scheint es, als wäre der Kahlschlagversuch der Unternehmer vorläufig gescheitert, aber die IG-Metall hat Federn lassen müssen. Daß wir in den nächsten Jahre alle gerupft werden und viele Tausende an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, ist abzusehen. Die nächste Runde ist bereits eingeläutet. Es geht um die »Sozialbetrüger«, womit nicht die Steuerhinterzieher gemeint sind. Bild und Kohl haben die Empfänger von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe u.ä. als Hinterzieher von 10 Milliarden jährlich geoutet. Es gibt keine verlässlichen Zahlen über den sicherlich vorhandenen Mißbrauch, wobei sich auch hier die Betroffenen an dem Vorbild der Regierenden bestens orientieren könnten. Einzelstudien beweisen die Substanzlosigkeit von Kohls Behauptungen, wie ein Beispiel aus dem westfälischen Kreis Unna zeigt. Beim Arbeitsamt Unna wurden über 1000 Arbeitslose überprüft. Das Ergebnis stellte der Arbeitsamtsleiter so dar: *»Bis auf einige wenige Unstimmigkeiten ist bisher weit und breit nicht das auszunachen, was die arbeitsintensive Aktion angeblich notwendig machte: Massen-Schnorren bei der Arbeitsverwaltung mit Riesenschaden für die Solidargemeinschaft.«* (Westfälische

Rundschau, Lokalteil Unna/Bönen vom 17.4.93)

Diese Meinungsmache bereitet den Boden für weitere Einschnitte ins soziale Netz. Gesellschaftlich wird offiziell nur gegen den Mißbrauch gekämpft, aber wir haben bereits einmal erlebt, wie es die gesellschaftliche Rechte schaffte, Massenarbeitslosigkeit zu einem individuellen Fehlverhalten der Arbeitslosen umzulügen.

Es ist auch unsere Aufgabe, dem gegenzusteuern und dabei haben wir ungeahnte Bündnispartner. Die eher konservative »Deutsche Steuergewerkschaft« hat angeprangert, daß pro Jahr 12% des Bruttosozialproduktes der BRD nicht versteuert werden und somit der Staatskasse 130 Milliarden vorenthalten werden (Berliner Zeitung v. 16.3.93). Lohnsteuerzahler können dies nicht gewesen sein, immerhin wird ihr Lohn sofort versteuert. Was könnte mit dieser Summe, die die Unternehmungen und Freiberufler hinterziehen, alles an drängenden sozialen Aufgaben angepackt werden. Was mit den 500 Milliarden, die die Deutsche Bank auf der »hohen Kante« hat?

Wir dürfen uns von der veröffentlichten Meinung der deutschen Unternehmer und ihrer Regierung nicht irremachen lassen. Auf einer Veranstaltung der Berliner BRSD-Gruppe brachte es ein Teilnehmer auf den Punkt: *»Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist nur übergeblieben«. Seine Probleme auch, möchte ich hinzufügen.*

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftssystem

Ein Arbeiter wurde vor Gericht gefragt, ob er die weltliche oder die kirchliche Form des Eides benutzen wolle. Er antwortete: *»Ich bin arbeitslos«* – *»Dies war nicht nur Zerstreuung«, sagte Herr K. »Durch diese Antwort gab er zu erkennen, daß er sich in einer Lage befand, wo solche Fragen, ja vielleicht das ganze Gerichtsverfahren als solches, keinen Sinn mehr haben.«*

BERTOLD BRECHT

Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal

Es gibt heute viele Bemühungen, insbesondere von Seiten der Regierungsparteien und Unternehmer, die wirklichen Ursachen der Massenarbeitslosigkeit zu verschleiern und auf die »Heilquelle« zur Lösung der Krise zu verweisen: Wirtschaftliches Wachstum bei gleichzeitiger Senkung der Lohnkosten und Wiederherstellung der reinen marktwirtschaftlichen Ordnung.

Bei der Verwirklichung dieser Politik würden: das Problem der Arbeitslosigkeit noch größer, der Prozeß eines gesellschaftlich nicht kontrollierten und ökologisch problematischen Wachstums gefördert, der Abbau staatlicher sozialer Leistungen beschleunigt und die autoritären Herrschaftspositionen und Führungsstile in Wirtschaft und Staat weiter verstärkt werden.

Die Massenarbeitslosigkeit ist weder ein Schicksal, das individuell verursacht ist, noch ein Problem, das im Rahmen

und mit den Mitteln des Kapitalismus gelöst werden kann. Die Massenarbeitslosigkeit ist vielmehr das Ergebnis des kapitalistischen Systems selbst, in das die Bundesrepublik eingebettet ist.

Was den Arbeitslosen kaputt macht

Arbeitslosigkeit verletzt die Menschenwürde. Wer das übersieht oder vergißt, geht bereits in die falsche Richtung. Der Mensch wird wieder Mittel zum Zweck, und die Wirtschaft ist nicht für den Menschen da.

Wie erleben **arbeitslose Menschen ihre Situation**, was macht sie kaputt? Die nachfolgende »Litanei« könnte zum Nachdenken anregen. Sie möchte die solidarische Betroffenheit von Arbeitslosen und denen, die Arbeit haben, fördern: **Angst vor der Zukunft, Aggressionen, Abhängigkeit, Bagatellisierung, Chancenlos gegenüber denen da oben, den Auserlesenen, den Leistungsstärkeren, Depressionen, Durchhalteparolen, Diskriminierung, Erziehung zum bedingungslosen Arbeiten und Gehorchen, Entsolidarisierung, Familiäre und finanzielle Krise, Gesellschaftliche Isolierung, Heuchlerische Anteilnahme durch Politiker und Unternehmer, Individuelle Schuldzuweisung**

Kein Zeitgefühl: der Arbeitsrhythmus fehlt

Lügenmüssen gegenüber Verwandten und Bekannten

Minderwertigkeitskomplex

Neid gegenüber Kollegen oder Nachbarn, die noch Arbeit haben

Ohnmacht gegenüber den Behörden

Pausenlose Vorwürfe von seiten der Familie

Quälende Nachtstunden

Resignation, Rechtsunsicherheit

Sozialamt, Sprücheklopfen: »Machen Sie sich selbständig«

»Wenn Du flexibel bist...«

Technischer Fortschritt als Arbeitsplatzvernichter; Teufelskreis der Arbeitslosigkeit; Alkohol;

Arbeitsunfähigkeit

Unwillig, unfähig, unbelastbar,

Umschulung zwecklos, Versagen,

Verarmung: politisch, kulturell,

materiell

Willkür der Behörden, Wut

Zerfall: physisch und psychisch

Keine solidarische Umwelt

Die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, die Freunde und Freundinnen, die Bekannten meiden die Arbeitslosen oft unter fadenscheinigen Vorwänden. Die »öffentliche Meinung« erdrückt die Arbeitslosen durch gezielte Vorwürfe »Wer Arbeit haben will, findet welche; Arbeitslose sollten auch weniger gut bezahlte Arbeit annehmen; letztlich sind sie selber schuld«. Das Konsumdenken und die Ideologie, daß der einzelne ohne Lohnarbeit in der Gesellschaft nichts bedeutet und nicht gelernt hat, die Freizeit sinnvoll zu gebrauchen, machen es für Arbeitslose schwer, sich zu verwirklichen und menschliche Bedürfnisse zu befriedigen.

Durch eine Gesetzgebung und eine Politik, die einerseits soziale Leistungen

in starkem Maße abbaut (z.B. die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe, sowie beim BAFÖG), gleichzeitig aber Unternehmer und Besserverdienende mit Steuergeschenken in Milliardenhöhe überhäuft und Diätenerhöhungen für Abgeordnete durchsetzt, andererseits aber nichts gegen die Arbeitslosigkeit unternimmt, fühlen sich die Arbeitslosen in ihrem täglichen Existenzkampf verschaukelt. Durch falsche Parolen und Sündenböcke wird ihnen eine scheinbare Lösung ihrer Probleme vorgegaukelt: »Ausländer raus! Ältere raus! Frauen raus!«

Nach traditionellen Rollenklischees wird Frauenarbeit nicht als Arbeit in einem qualifizierten Beruf, sondern als Haus- und Familienarbeit begriffen. Deshalb ist schon die Berufstätigkeit von Frauen gekennzeichnet durch Ausbildungs- und Lohndiskriminierung und eine aufgrund der häufig vorliegenden Doppelbelastung von Haushalts- und Berufstätigkeit unterbrochene Berufsbiographie. Dieses ermöglicht es, Frauen häufiger und schneller aus dem Erwerbsleben herauszudrängen und auf die unbezahlte Reproduktionsarbeit an Mann und Kindern abzuschieben. Sie sind dann zwar erwerbs- aber nicht arbeitslos und bilden so eine verfügbare Reservearmee von Arbeitskräften.

Es sind wesentlich mehr Frauen erwerbslos als gemeldet, da viele Schwierigkeiten haben, eine Kinderbetreuung nachzuweisen und deshalb als nicht vermittelbar gelten, die als mithelfende Familienangehörige nicht in der Arbeitslosenstatistik erfaßt werden oder sie sich nicht arbeitslos melden und stattdessen zu ihrer »ursprünglichen Bestimmung« als Ehegattin, Hausfrau und Mutter zurückkehren.

Das besondere Problem der Frauenarbeitslosigkeit liegt im Bereich der geschlechtsspezifischen Rollen- und Arbeitsteilung, die durch die bestehende Familienpolitik stabilisiert wird.

Auch die Kirchen haben es bisher an wirksamer Solidarität mit den Arbeitslosen fehlen lassen und auch im eigenen Bereich Arbeitsplätze »eingespart«

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Als Einzelner geht der Arbeitslose unter. Er muß gegen den Verlust von Gemeinschaft mit Kollegen oder Verwandten, gegen den Verlust von Verhaltenssicherheit und Zukunftshoffnung ankämpfen.

Deshalb braucht er eine Gruppe, in der er als Subjekt handelnd tätig werden kann und durch die er soziale Kontakte und Perspektiven findet. Solidarität und Gegenwehr sind nur in Gruppen möglich.

Aktionen, die die Lebenssituation der Arbeitslosen in der Gesellschaft bewußt machen und in verschiedenen Formen zu neuen Arbeitsplätzen und Beschäftigungen führen können, müssen eine breite Unterstützung finden.

Die Kirche ist herausgefordert

»Die Nachfolge Jesu ruft uns (...) immer neu in ein solidarisches Verhältnis zu den Armen und Schwachen unserer Lebenswelt überhaupt. Eine kirchliche Gemeinschaft in der Nachfolge Jesu hat es hinzunehmen, wenn sie von den 'Klugen und Mächtigen' (1. Kor 1,19-31) verachtet wird. Aber sie kann es sich – um dieser Nachfolge willen – nicht leisten, von den 'Armen und Kleinen' verachtet zu werden von denen, die 'keinen Menschen haben' (vgl. Joh 5,7). Sie nämlich sind die Privilegierten bei Jesu, sie müs-

sen auch die Privilegierten in seiner Kirche sein. Sie vor allem müssen sich von uns vertreten wissen.« (Unsere Hoffnung – Ein Bekenntnis zum Glauben in unserer Zeit; beschlossen von der 8. Vollversammlung der Gemeinsamen Synode der deutschen Bistümer am 22. 11. 1975, Kap. »Weg in die Armut«, Auszug)

Gemessen an diesem Anspruch, der sich aus der Botschaft Jesu herleitet, hat seine Kirche in der Vergangenheit und in der Gegenwart vielfach versagt. Bis auf wenige ihrer Vertreter hat die Kirche niemals glaubwürdig auf seiten der Arbeiter gestanden. Dies wurde von der Gemeinsamen Synode in ihrem Beschluß zu »Kirche und Arbeiterschaft« zu Recht als ein »fortwirkender Skandal« bezeichnet.

Trotz diesem Bekenntnis der Synode müssen wir feststellen, daß sich die Haltung der Kirche in der Bundesrepublik bisher nicht grundlegend geändert hat; noch immer sucht sie eher die Anerkennung durch die Mächtigen als die Solidarität mit den Armen und Kleinen, wohl deshalb, weil die Kirche als ganze zu den Mächtigen gehört.

Gerade in dieser Hinsicht können Kirche und Christen in unserem Land und in Europa von der lateinamerikanischen Kirche lernen, was es heißt, eindeutig und glaubwürdig auf der Seite der Unterdrückten und Benachteiligten zu stehen.

Daher haben Kirche und Christen heute nicht nur allen Grund, sondern sogar die Verpflichtung, sich in die Debatte um die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Suche nach Wegen der Verwirklichung einer besseren Wirtschaftsordnung einzumischen. Eine glaubwürdige Kirche und Christen in der Nachfolge Jesu können sich in dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht »neutral« verhalten, weil sie dann die

ohnehin Mächtigen stärken. Sie müssen eindeutig sein und im Sinne Jesu Partei ergreifen. Denn die Kirche ist zwar für alle Menschen da, sie hat jedoch für Menschen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten unterschiedliche Aufgaben.

Auch die Kirche als Arbeitgeber verstoßt in vielen Fällen im Umgang mit Arbeitnehmern gegen ihre eigene Verkündigung und ihre Ansprüche. So weigern sich die Kirchen und ihre Einrichtungen weiterhin, trotz ihrer 600.000 regulären Beschäftigten, sich als reguläre Arbeitgeber zu verstehen, obwohl ein großer Teil ihrer »Mitarbeiter« und »Mitarbeiterinnen« sich nicht dem Gedanken einer christlichen »Dienstgemeinschaft« verpflichtet weiß. Elementare Rechte, wie sie abhängig Beschäftigten z.B. durch das Betriebsverfassungsgesetz und Kündigungsschutzgesetz zustehen, werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im kirchlichen Bereich noch immer vorenthalten. Tarifverträge werden von den Kirchen und ihren Einrichtungen bisher nicht abgeschlossen; Gewerkschaftsaktivitäten werden unterbunden.

Unzumutbar sind die »christlichen Moralansprüche« an das Privatleben der Beschäftigten, die insbesondere die röm.-kath. Kirche mit unerbittlicher Härte durchsetzt und die zu Doppelmoral und Heuchelei geradezu herausfordern!

Angesichts dieser Situation fordern wir von kirchlichen Gruppen, Verbänden und Institutionen, von Gemeinden und Bistümern als erste Schritte:

- kritische gesellschafts- und wirtschaftspolitische Positionen und Aktivitäten von kirchlichen Gruppen, Verbänden durch Gemeinde- und Bis-

tumsleistungen zu unterstützen und nicht zu behindern;

- Selbsthilfeprojekte von Arbeitslosen materiell und ideell zu fördern;

- gegenüber nicht-kirchlichen Initiativen und Projekten offen zu sein (Arbeitslose verdienen uneigennütziges Vertrauen; es kann nicht darum gehen, sie beaufsichtigen und kirchlich organisieren zu wollen);

- Die Erfahrung von Gemeinschaft unter Arbeitslosen wie zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden zu fördern (z.B. Räume und Einrichtungen bereitstellen, Miete und Strom übernehmen, Mittel für Bildungswochen und Urlaub von Arbeitslosen und Arbeitenden zur Verfügung zu stellen, auch bei Konflikten den Aktivitäten von Arbeitslosen Rückhalt geben...);

- direkte und persönliche Zuwendung anzubieten;

- die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes als Vertretung der kirchlichen Beschäftigten anzuerkennen;

- Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen abzuschließen und entsprechende gesetzliche Regelungen und Verordnungen zu übernehmen;

- Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen bei ihren Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und einer wirksamen Beschäftigungspolitik solidarisch zu unterstützen;

- den Abbau sozialer Leistungen zu bekämpfen.

Der Druck im Betrieb nimmt zu

Die Ursachen der Arbeitslosigkeit wirken sich zunächst in den Betrieben selbst aus, wenn Arbeitsplätze wegfallen oder wenn zusätzliche Arbeitsplätze – trotz hoher neuer Investitionen – nicht

geschaffen werden. In den Belegschaften verstärkt sich das Konkurrenzverhalten auch West gegen Ost, nimmt die Angst vor dem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes zu und wird das Gefühl, all dem ohnmächtig gegenüber zu stehen, verstärkt. Also wird vieles in Kauf genommen, man paßt sich an, Hauptsache, der eigene Arbeitsplatz bleibt erhalten. An Stelle der früheren überheblichen Einstellung (mir kann das nicht passieren) wächst die Angst, selbst von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Die Ausländerfeindlichkeit nimmt zu.

Die Unternehmer nutzen die Arbeitsmarktlage deutlich aus. Sie nehmen die Massenarbeitslosigkeit sowohl als Druckmittel für die Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen als auch als Mittel zur Disziplinierung der Arbeitnehmer. Sie begegnen schroff den gewerkschaftlichen Forderungen nach weiterer Arbeitszeitverkürzung mit verschiedenen Formen der Flexibilisierung der Arbeitszeit; sie treiben die Rationalisierung in Produktion, Verwaltung und Dienstleistung mit erhöhtem Tempo und neuen Methoden voran; sie halten wichtige Informationen zurück und verwirren die Belegschaft mit falschen Nachrichten und Hoffnungen. Die Unternehmer zeigen insgesamt kein Interesse, Arbeitslosigkeit zu vermindern oder abzubauen.

Zielkonflikt in den Gewerkschaften

In den Gewerkschaften ist die Meinungsbildung über eindeutige und gemeinsame Ziele zwischen Basis und Funktionärskörper wie zwischen verschiedenen Einzelgewerkschaften und Fraktionen noch nicht abgeschlossen. Trotz der Krise halten einige Gewerkschaften an der Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fest; in anderen setzt sich dagegen mehr

klassenkämpferisches Denken und Reden durch. So wundert es nicht, daß die Gemeinsamkeiten in dem, was die Gewerkschaften als Lösung für die Wirtschaftskrise ablehnen, größer sind als die Übereinstimmungen hinsichtlich eines eigenen Forderungskataloges. Nicht selten wird zudem immer noch die Politik des kleineren Übels als Sieg oder die Lösung selbst verkauft.

Aber es gibt in den Gewerkschaften auch deutliche Anzeichen für ein wachsendes Bewußtsein, das Problem der Massenarbeitslosigkeit als Bestandteil der Wirtschaftskrise insgesamt zu sehen, die Arbeitslose und Arbeitende nur in Solidarität angehen und ändern können.

Selbstbestimmung und Solidarität

Viele Arbeitslose sind weitgehend vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen. Sie fühlen sich als »Gefangene des Systems«.

Für eine wachsende Zahl gilt aber auch, daß die Arbeitslosigkeit eine Zeit ist, in der sie sich verstärkt politisch betätigen. Wo es ihnen gelingt, ihre Situation und ihre Forderungen mit Worten auszudrücken, wird eine persönliche Betroffenheit erreicht. Viele haben selbst ein neues Verhältnis zur Arbeit gewonnen.

Sie fordern:

Arbeit muß selbstbestimmt sein. Arbeit hat Menschen, hat der Gemeinschaft zu nützen, nicht einem Konzern. Die Arbeitenden müssen bestimmen können, mit wem sie arbeiten, welche Tätigkeiten sie verrichten und welche Produkte sie erstellen, in welchen Organisationsnormen sie arbeiten, und auch darüber, wie das Erarbeitete verteilt wird.

Der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital muß deshalb in gesetzlichen Bestimmungen und in tarifvertraglichen Regelungen eindeutig zum Ausdruck kommen. Das kann nur erreicht werden, wenn durch ein breite Solidarität der Arbeitnehmer die Ohnmachtserfahrungen überwunden und die Strukturen als veränderbar erfahren werden. Notwendig ist dazu die Abkehr von Konkurrenzdenken und Egoismus. Notwendig ist der Kampf gegen die »heiligen Grundsätze unserer Leistungsgesellschaft«, die dazu dienen, Menschen als Ware zu behandeln, sie zu verplanen und jederzeit verfügbar zu machen.

Massenarbeitslosigkeit – eine Folge unseres Wirtschaftssystems

Die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise mit über 15 Millionen Arbeitslosen in Europa und weit über 30 Millionen im Bereich der OECD (das heißt der westlich-kapitalistischen Länder) hat ein Ausmaß erreicht, das vor Jahren angesichts der scheinbar dauerhaften Wirtschaftsbülle und ihrer wirtschaftspolitischen Steuerbarkeit für undenkbar gehalten wurde.

Die seit Mitte der siebziger Jahre anhaltende hohe strukturelle Arbeitslosigkeit, zeitweise konjunkturell verschärft bzw. abgeschwächt, ist seit Beginn dieses Jahres wieder massiv angestiegen, unter anderem durch den weit verbreiteten Einsatz neuer Technologien. Sie kann nur als Ausdruck einer andauernden ökonomischen Struktur und Wachstumskrise angemessen verstanden werden.

Der Glaube, daß »freie Märkte« mit voll flexiblen Preisen und Löhnen einen leistungsfähigen Mechanismus für einen weitgehend störungsfreien Wirtschaftsumlauf darstellen und daß Störungen

nicht durch das Marktsystem entstehen, sondern durch Eingriffe in seine Funktionsfähigkeit von außen, vor allem durch Staat und Gewerkschaften – dieser Glaube ist durch die negativen Erfahrungen gerade im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit in jenen Ländern (wie England und USA) erschüttert worden, die eine entsprechende Politik über mehrere Jahre ohne Rücksicht auf einen Großteil der Bevölkerung zu verwirklichen suchten.

Historisch sind Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit in marktwirtschaftlich-kapitalistischen Systemen eine »Normalität«. Das heißt, die gegenwärtige Krise ist weniger eine einmalige Störung und Ausnahmesituation als die Rückkehr zum »normalen« Rhythmus kapitalistischen Wirtschaftens, das von Anfang an, also seit mehr als einem Jahrhundert, zyklischen Krisen unterworfen ist. Eine geschichtliche Ausnahmesituation waren die »goldenen« sechziger Jahre mit hohem Wachstum und Vollbeschäftigung, die durch das Zusammentreffen besonders günstiger Bedingungen zustande kam.

Infolge der weltwirtschaftlichen Verflechtungen verlaufen die Konjunkturschwankungen der wenigsten Industrieländer heute weitgehend synchron. Das heißt, die gleichzeitige Rezession bewirkt, daß das Ausweichen in den Export als einfache Lösung nationaler Beschäftigungsprobleme wenig Erfolg hat.

Deutlich zeigt sich auch eine gewichtige Abhängigkeit nationaler Arbeitsmärkte von der Entwicklung der Weltmärkte – vor allem von den Konkurrenz- und Verwertungsstrategien der multinationalen Konzerne und des internationalen Kreditsystems. Stagnierende Binnenmärkte und Außenhandelsent-

wicklung führen zu verschärften Konkurrenz- und Anpassungsprozessen, die auch in der Bundesrepublik Arbeitsplätze vernichten.

Die Erklärung für die nunmehr seit einem Jahrzehnt anhaltenden Wirtschaftskrisen und Beschäftigungskrisen mit geringem oder ohne Wirtschaftswachstum ist in der verminderten bzw. fehlgeleiteten Investitionstätigkeit aufgrund der unbefriedigenden Absatzerwartungen von Unternehmen zu suchen. Ohne auf die im einzelnen abweichenden und zum Teil kontroversen Krisenanalysen einzugehen, müssen drei miteinander verflochtene und sich gegenseitig verstärkende Ursachenstränge für die andauernde Massenarbeitslosigkeit genannt werden:

- konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit
- strukturell bedingte Arbeitslosigkeit
- technologisch bedingte Arbeitslosigkeit.

Die langfristig zu beobachtende Grundströmung abnehmenden Wirtschaftswachstums wird durch nach wie vor wirksame Konjunkturzyklen verstärkt. Diese werden vor allem durch Überkapazitäten im Produktionsbereich und mangelnde Nachfragen verursacht. Der seit Anfang der achtziger Jahre sinkende Reallohn der abhängig Beschäftigten und die Kürzungen im Sozialbereich verhindern eine notwendige Nachfrageausweitung. Die Konjunkturaufschwünge verlaufen immer schwächer, die Abschwungphasen hingegen länger und stärker. Überinvestitionen bzw. Kapazitätsüberhänge in einzelnen Branchen (durch falsche Einschätzungen der Nachfrageentwicklung und der eigenen Marktposition) können bei anhaltender Wachstumskrise nur noch durch strukturelle Anpassungen mit hohen Arbeits-

platzverlusten, wie in der Stahl- und Werftindustrie, aufgefangen werden.

Die Wachstumsabschwächung führt auch zu einer veränderten Wirkung des Rationalisierungsprozesses, denn durch Rationalisierung bedingte Arbeitsplatzverluste werden immer seltener durch neue Arbeitsplätze in Wachstumssektoren ausgeglichen werden können.

Darüberhinaus weisen die gegenwärtigen Rationalisierungen eine neue Qualität bzw. eine Problematik auf, die in den konkreten neuen Technologien und ihrem neuartigen technischen Potential liegen.

Vor allem die Mikroelektronik als zentrale neue Technologie ermöglicht im Vergleich zur Vergangenheit viel höhere Rationalisierungseffekte im industriellen Bereich, auch deshalb, weil sie bei einer Reihe anderer Techniken enorme Leistungssteigerungen auslöst, vor allem im Bereich der Computer- und Informationstechnologien.

Diese Technologien wirken über den Produktionssektor hinaus in weite Bereiche des Verwaltungs- und Dienstleistungssektors hinein, die früher kaum für rationalisierungsfähig gehalten wurden und als Auffangbecken für in den anderen Sektoren »freigesetzte« Arbeitskräfte galten. Da im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor weit mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze zu finden sind, wird mittelfristig hier die Rationalisierung noch stärker zur Arbeitslosigkeit beitragen: es muß damit gerechnet werden, daß nahezu alle Tätigkeiten, die bisher als »Kopfarbeit« bezeichnet wurden, von technischen Geräten und Anlagen übernommen werden können. So ist neben der »unbemannten Fabrik« die »künstliche Intelligenz« ein Markt der Zukunft. Das Ziel ist dabei, alle mensch-

lichen Denkfunktionen, wie Problemlösung und Entscheidungsfindung zu automatisieren. Neueste Entwicklungen der letzten Monate deuten darauf hin, daß die kommerzielle Verwertung der »künstlichen Intelligenz« und damit eine weitere Rationalisierungswelle unmittelbar bevorsteht.

Die Mikroelektronik hat zudem in den letzten Jahren neben einer enormen Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit (um das Zehntausendfache) eine rapide Senkung ihrer Herstellkosten (auf ein Hunderttausendstel pro Leistungseinheit) erfahren. Diese Entwicklung fördert wiederum die Schnelligkeit und Bandbreite ihrer Einsatzmöglichkeiten und ihren massenhaften tatsächlichen Einsatz (zur Zeit in mehr als 100.000 Industrieerzeugnissen), da diese Technologie gerade auf den Rationalisierungsbedarf in der wirtschaftlichen Krisensituation zugeschnitten ist. Bisher nämlich war technischer Fortschritt meist mit erhöhtem Kapitaleinsatz verbunden; durch die neuen Technologien ergibt sich zum erstenmal eine Verbindung von arbeits- und kapitalsparender Rationalisierung.

Massenarbeitslosigkeit als Folge unseres Wirtschaftssystems ergibt sich nicht nur in den westlichen Industrieländern, sondern vor allem auch in den Ländern Osteuropas seit der Wende, wo die Anpassung total veralteter Industriestrukturen an die neuesten Erfordernisse von Konkurrenzfähigkeit zu einem Kahlschlag an Arbeitsplätzen im Produktionsbereich führt. Die Länder der »Dritten Welt« haben in weit stärkerem Ausmaß unter Rohstoffausbeutung, Kapitalflucht und technologischer Abhängigkeit zu leiden. So ist die Unterentwicklung in diesen Ländern vor allem im direkten Zusammenhang mit den ein-

seitigen Kapitalinteressen der multinationalen Konzerne zu sehen.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es

Ein Staat, der die sittliche Qualität eines »sozialen Rechtsstaates« für sich in Anspruch nimmt, muß sich messen lassen an seiner Einstellung und Praxis zu den Armen und Bedürftigen. Wenn sich hier über Jahre und Jahrzehnte keine Änderung zu Gunsten dieser Menschen abzeichnet, ja sich immer deutlichere und umfangreichere Ausgrenzungen ergeben, dürfen sich die Träger der Staatsämter, der politischen und wirtschaftlichen Macht nicht wundern, wenn die Loyalität ihnen gegenüber aufgekündigt und das eben nur scheinbar soziale Ordnungssystem auch selbst infrage gestellt wird. So erhalten ca. ein Drittel aller registrierten Arbeitslosen weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe; 43 v.H. der registrierten Jugendlichen erhalten keine Arbeitslosenunterstützung. Der Kreis der »neuen Armut« wird von Jahr zu Jahr größer, so daß infolge der Dauerarbeitslosigkeit in den alten Bundesländern und der neuen strukturellen Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern über fünf Millionen Menschen dazu gehören.

Ein wichtiger Prüfstein für den sozialen Rechtsstaat ist deshalb die Verwirklichung des »Rechts auf Arbeit«. Arbeit ist eine grundlegende Dimension des Menschen, ein Ausdruck seines Personseins. Ein Staat, der sich der Entfaltung dieser personalen Werte durch Setzung anderer Prioritäten (wie die Vergrößerung der Unternehmergewinne) nicht vordringlich stellt, ist noch weit entfernt von einer humanen Gesellschaft.

Die ungerechten Tendenzen, die in unserem Wirtschaftssystem begründet sind, zeigen sich vor allem in der hohen Jugendarbeitslosigkeit sowie der verschärften Diskriminierung weiblicher Arbeitnehmer, behinderter Menschen und ausländischer Mitbürger. Es sind deshalb vordringlich Ausbildungsstätten und -plätze in öffentlicher und gemeinnütziger Trägerschaft zu schaffen, die in Verbindung stehen mit einem Konzept von Arbeitsplätzen, die eine existenzsichernde Grundlage haben.

Die von der Bundesregierung beabsichtigte Entschärfung des Jugendarbeitschutzes, um damit mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, wird von uns entschieden abgelehnt, die Ausbildung darf nicht auf Kosten der Gesundheit der Auszubildenden stattfinden.

Ein staatliches Beschäftigungsprogramm muß die Produktionsstrukturen und Dienstleistungen fördern, die die Umweltzerstörung aufheben, die Umwelt schützen, sparsam mit Energie umgehen und den öffentlichen Verkehr fördern.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen aber nicht anstelle von tarifvertraglich geschützten Arbeitsplätzen eingerichtet werden. Eine Zwangsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern lehnen wir entschieden ab; die gesellschaftlich notwendigen Arbeiten müssen tarifvertraglich geregelt werden.

In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes (Jugendarbeit, Betreuung von Ausländerkindern, Altenhilfe, Behindertenhilfe, therapeutische Arbeit mit Suchtgefährdeten und Süchtigen, Frauenhäuser, Wiedereingliederung Straffälliger usw.) ist notwendige Arbeit vernachlässigt worden. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden.

Zur Finanzierung dieser Maßnahmen lassen sich die Mittel heranziehen, die derzeit für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ausgegeben werden. Ferner fordern wir zu diesem Zweck die Einführung einer allgemeinen Arbeitsmarktabgabe, auch für Beamte und Selbständige und die Rücknahme der steuerlichen Entlastung der Gewinneinkommen.

Notwendige Zukunftsperspektiven

In der Bundesrepublik werden voraussichtlich bis 1995 durch Rationalisierung zusätzlich mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze wegfallen. Bis zum Jahr 2000 werden bis zu 90 Prozent der Produktions- und bis zu 60 Prozent der Büroarbeiten durch computerisierte flexible Anlagen ersetzt werden können. Angesichts dieser Prognosen ist es notwendig, neue Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit zu entwickeln.

Die gewerkschaftlichen Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sowie die weitere Verkürzung der Jahres- und Lebensarbeitszeit ohne Reallohn- bzw. Renteneinbußen, können vor diesem Hintergrund nur als erste Maßnahmen bewertet werden, die trotz gegenteiliger Behauptungen weiterhin aktuell sind. Auch sind weiterhin staatliche beschäftigungspolitische Maßnahmen (z.B. Beschäftigungsprogramme in den erwähnten gesellschaftlichen Mangelbereichen) notwendig, um die Folgen konjunktureller Krisensituationen zu vermindern.

Die aufgrund der Weltmarktsituation notwendigen Anpassungen in einigen Branchen dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

Durch eine vorausschauende Technologiepolitik ist dafür Sorge zu tragen, daß die Auswirkungen neuer Technologien

auf die Qualität und Quantität der Arbeitsplätze frühzeitig erkannt und notwendige Maßnahmen ergriffen werden können. Vor allem gilt es, neue menschengerechtere Einsatzformen von Technologie zu erproben und umzusetzen. Dazu sind die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen erheblich auszuweiten.

Aber auch dann, wenn alle diese Maßnahmen tatsächlich durchgesetzt werden könnten, dürften sie nicht ausreichen, da in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung für alle Formen der Lohnarbeit immer weniger Raum bleibt. Dem System geht die Arbeit aus!

Um unsere Zukunft menschlich zu gestalten, ist es deshalb umso mehr notwendig, daß der arbeitende Mensch tatsächlich im Mittelpunkt des Wirtschaftssystems steht, und das nicht nur in Sonntagsreden zu hören bekommt. Voraussetzung für zukünftige Strategien ist, daß immer mehr Arbeitnehmer sich solidarisch verhalten und sich in den Gewerkschaften organisieren, um dem Trend zunehmender Entsolidarisierung entgegenzusteuern. Gerade ChristInnen sind hier mit ihrem Beispiel und Engagement gefordert. Denn nur gemeinsam lassen sich lebensnotwendige Forderungen für eine zukünftige humane Arbeitswelt durchsetzen: eine staatlich finanzierte Sanierung oder Umstrukturierung veralteter Industrien statt einer Finanzierung des industriellen Kahlschlags durch Arbeitslosengeld; weitere Verkürzung der Arbeitszeit; dabei sollte allerdings vorrangig nur die produktive Zeit verkürzt werden; statt für mehr Freizeit sollte die Zeit für die Qualifizierung der Beschäftigten, die Humanisierung der betrieblichen Arbeit und die Demokratisierung der betrieblichen Entscheidungen genutzt werden; Einführung eines großzü-

gig bemessenen Mindesteinkommens als sozialstaatliches Bürgerrecht; dieses Mindesteinkommen ist staatlich zu garantieren und aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren; gesellschaftliche Planungen und Entscheidungen über Investitionen ab einer bestimmten Größenordnung unter Teilnahme der Betroffenen (Arbeitnehmer, Anwohner, Verbraucher) als weitere Stufe der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Daneben sind die vielfältigen Formen der Eigenarbeit neu zu entdecken und als gleichwertig anzusehen. Selbstverwaltete Betriebe, Genossenschaften, in denen neue Lebensformen und solidarische Persönlichkeitsentfaltung meist eher möglich sind, müssen stärker staatlich gefördert und gesellschaftlich unterstützt werden. Marktbeherrschende und strukturbestimmende Unternehmen sind zu vergesellschaften und in gemeinwirtschaftliche Unternehmen zu überführen. Hierbei ist eine Vielfalt von Körperschaften mit innerer Demokratie und echter Autonomie gegenüber der staatlichen Bürokratie zu fördern, an deren Ende die Verwirklichung eines wirtschaftsdemokratischen Lenkungssystems steht, in dem die Kapitalinteressen nicht mehr Vorrang vor den Interessen der arbeitenden Menschen haben.

Nur so ist eine gemeinschaftliche Gesamtverantwortung für die Zukunft der Arbeit gesichert.

Für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Die bisherigen Überlegungen zeigen, daß es für eine menschenwürdige Zukunft unerlässlich ist, daß der arbeitende Mensch nicht mehr nur ein Kostenfaktor im Kalkül der Unternehmer ist. Bleibt

nämlich die Organisation der Arbeit auch zukünftig weitgehend dem privaten Kapital überlassen und werden die Arbeitnehmer weiterhin gezwungen, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Markt anzubieten, dann wird auch in Zukunft nur dort und dann Arbeit angeboten, wo und wenn die privaten Unternehmer daraus Gewinne erzielen bzw. Gewinne erwarten. Es muß festgehalten werden, daß unser marktwirtschaftlich-kapitalistisches Wirtschaftssystem immer mehr Arbeitslosigkeit produziert und künftig in steigendem Maß produzieren wird. Daran ändert sich auch nichts durch den Zusammenbruch des östlichen Systems, im Gegenteil.

Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die immer mehr Menschen von der Teilhabe am produzierten gesellschaftlichen Reichtum ausschließt und ihnen die Persönlichkeitsentwicklung verweigert, stellt sich auf Dauer selbst in Frage, da sie dem Anspruch eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates nicht genügt. Als abhängig Arbeitende und als Arbeitslose haben wir selbst die Denk- und Verhaltensprinzipien und -normen dieses Wirtschaftssystems verinnerlicht.

Deshalb müssen wir selbst größere Solidarität lernen. Die geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und anderer Freiheits- und Friedensbewegungen unserer Geschichte müssen wieder in uns lebendig werden. Und zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der »dritten Welt« kann die weltweite gegenseitige Abhängigkeit bewußt werden, als Anstoß zu gemeinsamem Handeln.

»Die gegenwärtigen strukturellen Veränderungen in der Weltwirtschaft sind (...) auch Zeichen einer tiefgreifenden Krise der Moral. Denn durch diese Veränderungen rückt der Faktor Kapital wieder in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens. Diese Orientierung am Produktionsfaktor Kapital widerspricht direkt dem ethischen Grundprinzip, wonach dem Produktionsfaktor Arbeit beim Aufbau einer gerechten Wirtschaftsordnung Priorität gegenüber dem Faktor Kapital eingeräumt werden muß. Es gibt, um es anders auszudrücken, einen ethisch begründeten Auftrag, den Produktionsfaktor Kapital (Technologie eingeschlossen) dem Produktionsfaktor Arbeit, also dem Subjekt der Produktion, unterzuordnen. Denn das Grundprinzip heißt, daß die Arbeit Vorrang vor dem Kapital hat. Indem der Akkumulation von Kapital und Maschinen mehr Bedeutung beigemessen wird als Menschen, die in der Wirtschaft arbeiten, werden Wert, Sinn und Würde der menschlichen Arbeit verletzt. Indem die Bedingungen für eine dauerhafte Arbeitslosigkeit geschaffen werden, bedroht man einen immer größeren Teil der Bevölkerung mit dem Verlust der Menschenwürde. Auf diese Weise entsteht eine Tendenz, die Menschen als eine unpersönliche Masse zu behandeln, die über ihre strikte wirtschaftliche Funktion hinaus keinerlei Bedeutung hat. Solange die Gesellschaft den Einsatz des Kapitals und der Technologien nicht so steuert, daß damit menschliche Bedürfnisse befriedigt werden, sind diese Faktoren für die Entwicklung der Völker ein Hindernis.«

(Auszug aus »Ethische Überlegungen zur Wirtschaftskrise«, Hirtenbrief der Kommission für Soziale Angelegenheiten der Katholischen Bischofskonferenz Kanadas)

*Familie N. wohnt in Dortmund-Hombruch
in einer 4 Zimmer-Neubauwohnung.*

Die letzten Jahre der Familie N.

1987 haben die Neumanns es endlich geschafft, hier eine schöne Wohnung zu bekommen. Für die Kinder ist es sehr gut gewesen, aus der Innenstadt herauszukommen. Die Möglichkeiten, draußen zu spielen, sind hier sehr gut. Die Wohnung kostet zwar 700 DM kalt, aber die Neumanns kommen finanziell klar. Herr Neumann arbeitet als Baggerführer bei der Firma XYZ GmbH & Co KG. Die Firma kann sich vor Bauaufträgen kaum noch retten, Herr Neumann könnte 16 Stunden am Tag arbeiten und es wäre immer noch viel zu tun. Da Herr Neumann 4500 DM Netto monatlich hat, geht es den Neumanns wirklich gut, auch wenn für die monatlichen Ratenzahlungen im Moment 800 DM gleich wieder abgehen.

Herr und Frau Neumann hatten sich entschlossen, die neue Wohnung vollständig mit neuen Möbeln auszustatten. Darum haben sie im Frühjahr bei der Stadtparkasse einen Kredit von 15000 DM aufgenommen. Da dies aber nicht ausgereicht hatte, jedoch die Kreditwürdigkeit voll ausgeschöpft war und außerdem noch ein neues Auto gekauft werden sollte, entschlossen sich die Neumanns, bei der Kundenkreditbank noch einen weiteren Kredit von 20.000 DM aufzunehmen. Dieser Kredit wurde auch ohne weitere Komplikationen gewährt. Die Bank hatte keine weitere Sicherheit für den Kredit verlangt. Herr und Frau Neumann mußten nur wie auch schon bei der Stadtparkasse einen Abtretungsvertrag unterschreiben. Die

Neumanns hatten sich damit verpflichtet, im Falle einer Zahlungsunfähigkeit den pfändbaren Teil ihrer Ansprüche auf Sozialleistungen, Arbeitslosengeld/hilfe, Renten usw. an die entsprechenden Banken abzutreten. Darin sahen die Neumanns auch keine Probleme, schließlich verdiente Neumann ja unheimlich gut und von drohender Wirtschaftskrise war nichts zu spüren.

Am Morgen des 11. Oktober 1989 kam Neumann wie gewohnt pünktlich zur Arbeitsstelle und wollte gerade seinen Bagger aufschließen. Der Schachtmeister kam herüber und rief alle herumstehenden Bauarbeiter zusammen. Er erklärte ihnen, daß sie heute morgen noch nicht mit der Arbeit beginnen könnten, sondern erst einmal alle zum Baubüro kommen sollten. Mehr sagte der Schachtmeister jedoch auch nicht dazu, er hatte einen Anruf vom Geschäftsführer der Firma XYZ GmbH & Co KG bekommen, und dieser hatte ihm auch nicht mehr gesagt. Ratlos gingen die Bauarbeiter also zum Büro. Dort wurden sie vom Geschäftsführer der Firma und Rechtsanwalt Schmidt empfangen. Dr. Schmidt erklärte den Leuten, daß er zum vorläufigen Konkursverwalter über das Vermögen der Firma XYZ vom Amtsgericht bestellt worden sei. Er habe heute die traurige Aufgabe, allen Bauarbeitern kündigen zu müssen, eine weitere Durchführung der Arbeiten sei nicht möglich, da dies noch weitere Kosten verursachen und somit noch weniger die Gläubigerforderungen befriedigt werden

könnten. Es brach ein großer Tumult aus. Die umstehenden Arbeiter glaubten an einen schlechten Scherz. Gestern noch hatte sie der Schachtmeister händeringend aufgefordert, doch bitte auch am Samstag zu kommen, da der Auftrag noch vor Einbruch des Winters erledigt sein müsse. Um die Leute zu ködern, hatte er ihnen auch versprochen im Winter in der ruhigeren Zeit einmal eine Sause auf Geschäftskosten zu machen. Dr. Schmidt ließ sich jedoch nicht von seiner Aufgabe abbringen und überreichte jedem von den Bauarbeitern erst einmal ein hektografiertes Kündigungsschreiben. Jetzt hatten sie es Schwarz auf Weiß.

Die Arbeiter konnten nicht wissen, daß die Geschäftsinhaber ihr ganzes Unternehmen in einer betrügerischen Bauspekulation verloren hatten. Einer der Geschäftsinhaber war geflüchtet, der andere und seine Sekretärin waren erst einmal vorläufig festgenommen worden. Wie es überhaupt weitergehen sollte, wußte selbst Dr. Schmidt, ein erfahrener Konkursverwalter, nicht. Die Staatsanwaltschaft und er hatten jetzt wahrscheinlich erst einmal monatelang Geschäftsakten durcharbeiten.

Den umstehenden Arbeitern gab er noch den Rat sich umgehend beim Arbeitsamt zu melden und Arbeitslosengeld wie auch Konkursausfallgeld zu beantragen. Die notwendigen Arbeitsbescheinigungen könnten am Mittwoch nachmittag in seinem Büro am Hellweg abgeholt werden.

Neumann und die anderen Arbeiter gingen ersteinmal »Zum zerbrochenen Krug«. Der Schreck saß ihnen allen tief in den Knochen. Im Laufe des vormittags, nachdem sie einige Bierchen getrunken hatten, wurden die Diskussionen immer lauter. Aber die Angst

vor der Arbeitslosigkeit ließ sich auch nicht mit ein paar Körnchen unterdrücken. Sie waren jedoch zu stolz um darüber zu sprechen. Neumann sagte noch, er würde auf keinen Fall zum Arbeitsamt gehen, dort brächten ihn keine zehn Pferde hin. Schließlich gäbe es für ihn wie auch für die anderen immer noch genug Arbeit, auch wenn der Winter schon vor der Türe stünde. Neumann erklärte seiner Frau alles, was an diesem Morgen geschehen war. Er wolle sich jetzt erst einmal hinlegen und dann am nächsten Morgen in der Zeitung nach Stellenangeboten schauen. Seine Frau dachte an die Kreditverträge und fing an zu weinen.

Seit vier Wochen nun schon suchte Neumann nach Arbeit. In der Zeitung war nicht viel gewesen. Er hatte angefangen, ohne Stellenangebote bei ihm bekannten Baufirmen vorzusprechen. Schließlich war er schon zwanzig Jahre Bagger- und Raupenführer; er kannte sich aus im Geschäft und hatte durch seine Arbeit viel mit anderen Baufirmen zu tun gehabt. So langsam mußte er auch wirklich Arbeit finden, denn die Haushaltskasse war leer, die Mietzahlung stand ins Haus genauso wie die Ratenzahlungen. Außerdem waren es nur noch drei Wochen bis Weihnachten, die Kinder sollten schließlich auch etwas geschenkt bekommen. Er brauchte auch so irgendwie Arbeit. Wenn er sonst Urlaub hatte und mit Frau und Kindern zur Nordsee fahren konnte, dann war er glücklich, endlich einmal nicht auf seinen ölverschmierten Bagger zu sitzen. Aber jetzt, ja er brauchte seinen Bagger. Der Staub und Dreck der Arbeit kam ihm im Moment wie das Salz in der Suppe vor. Es wurde ihm und seiner Frau einfach zu viel, daß er den ganzen Tag mißmutig in der Wohnung herumsaß. Seine Unzufriedenheit drückte sich in kleinen Nörgeleien an Frau und Kindern aus. La-

gen einmal die Spielsachen der Kinder in der Küche statt im Kinderzimmer herum, so brach schon ein mittleres Donnerwetter aus. Er merkte, irgendwie war er nicht mehr er selbst. Sonst spielte er mit den Kindern nach Feierabend sehr gerne und es kam auch nicht darauf an, wo die Spielsachen dann lagen.

Inzwischen war der 15. Dezember. Nach einer langen Diskussion mit seiner Frau entschloß sich Neumann schließlich, doch zum Arbeitsamt zu gehen. Alles Geld, was die Neumanns für Urlaub, Kleidung und besondere Notfälle gespart hatten, war verbraucht. Wenn Neumann nicht bald irgendwoher etwas Geld bekam, dann gab es Weihnachten nicht mal eine Schmalschnitte. Nun stand er also dort, wo ihn keine zehn Pferde hinbringen würden. Er war unsicher, an wen er sich wenden sollte. Der Pförtner des Arbeitsamtes erklärte ihm den Weg. Schüchtern klopfte Neumann bei der Arbeitsvermittlung an. Der Arbeitsvermittler erklärte ihm, daß jetzt ein paar Tage vor Weihnachten natürlich überhaupt keine Stellenangebote vorlägen. Aber im Frühjahr, daß wisse Neumann ja selber, gehe es natürlich wieder aufwärts. Der Arbeitsvermittler händigte Neumann einen Antrag mit den entsprechenden Arbeitsbescheinigungen aus. Die Arbeitsbescheinigungen seien durch den Arbeitgeber auszufüllen. Neumann ging wieder nach Hause, er hatte etwas Mut gefaßt. Ja im Frühjahr, da würde es wieder aufwärts gehen und vielleicht konnten ihm die Leute vom Arbeitsamt ja wirklich helfen.

Nachmittags fuhr er zum Baubüro der Firma XYZ. Er wollte sich seine Arbeitspapiere abholen, um die er sich seit seiner Entlassung nicht gekümmert hatte. Außerdem mußte ihm ja auch einer die Arbeitsbescheinigung fürs Arbeitsamt

ausfüllen. Das Baubüro war geschlossen. Er sah durch die Fenster und stellte fest, daß das ganze Büro ausgeräumt war, nur noch eine vertrocknete Blume stand am Fensterbrett. Neumann bekam einen Schrecken, wie sollt er jetzt an seine Arbeitspapiere herankommen. Er benötigte sie dringend, denn ohne Bescheinigung gabs kein Geld beim Arbeitsamt. Die ersten Mahnungen der Wohnungsbaugesellschaft zur Mietzahlung und auch die Mahnungen der Bank lagen in seiner Wohnung herum.

Bedrückt fuhr Neumann nach Hause. Vielleicht wußte seine Frau einen Rat. Aber es war niemand zuhause. Frau Neumann kam erst gegen halb sieben. Sie erklärte ihm im Supermarkt nebenan ausgeholfen zu haben. Neumann war sauer. Er sprach davon, daß es peinlich sei, daß alle Nachbarn im Haus bald wissen würden, daß Neumann nicht einmal soviel Geld nach Hause bringen würde, um seine Familie zu ernähren. Seine Frau gab ihm gereizt Recht, das würde er ja in der Tat seit Oktober nicht mehr. Neumann wurde kreidebleich im Gesicht, aber seine Frau hatte die bittere Wahrheit ausgesprochen. Zum erstenmal hatte seine Frau das ausgesprochen, was die ganze Familie dachte und was ihm auch klar war. Er war nicht in der Lage wie Millionen anderer Familienväter, seine Familie zu ernähren und ihr ein gesichertes Einkommen zu gewährleisten.

Diese so offen ausgesprochene Tatsache machte ihn so betroffen, daß er sie nicht ertragen konnte. Er sprang von seinem Stuhl auf, riß sich den Mantel von der Garderobe und lief nach draußen. Nachdem er ein paar Mal um den Häuserblock gelaufen war, entschloß er sich, in die Eckkneipe zu gehen. An diesem Abend gingen die letzten 20,- Mark der

Familie Neumann für Zigaretten und Bier drauf. Um zwei Uhr nachts schwankte Neumann nach Hause.

Am nächsten Morgen erwachte Neumann mit schwerem Kopf. Abgesehen von der Tatsache, daß jetzt die letzten 20,- Mark auch noch weg waren, wußte Neumann wirklich nicht, was er jetzt

noch machen sollte, um seine Papiere zusammenzubekommen. Er rief einen alten Arbeitskollegen an, um ihn um Rat zu fragen. Dieser sagte ihm, die Bescheinigung gäbe es beim Konkursverwalter, der habe aber jetzt sein Büro bis zum 15. Januar 1990 geschlossen, um Winterurlaub zu machen. Der Kollege fragte ihn,

Abo und Geschenk-Abo »Christ und Sozialist«

Seit 42 Jahren erscheint die Vierteljahreszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialisten: **CHRIST UND SOZIALIST**.

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialisten beträgt z.Zt. DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »Christ und Sozialist« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: B.R.S.D., Pf 25 21, 7400 Tübingen

☐ Ich möchte Mitglied werden im B.R.S.D. (Bezug von »Christ und Sozialist« incl.!)

☐ Hiermit abonniere ich »Christ und Sozialist« ab Heft

☐ Zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr.

☐ Zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »Christ und Sozialist« ab Heft bis Heft /bis auf Widerruf für

Name und Anschrift

Zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr.

Zum Förderpreis von DM im Jahr.

Besteller:

Datum: Unterschrift:

warum er denn nicht sofort damals im Oktober zum Arbeitsamt gegangen sei. Neumann wußte es auch nicht so genau und legte den Telefonhörer auf. Sollte er seinem Kollegen vielleicht sagen, daß er damals zu stolz war, um als Bittsteller irgendwohin zu gehen. Er war verzweifelt, ihm wurde klar, daß er vor dem 15. Januar nichts mehr machen konnte. Seine Familie würde bis dahin verhungert sein und zwar im wahrsten Sinne des Wortes. Neumann entschloß sich, zu seinem Vater zu fahren. Seinen Vater hatte er schon längere Zeit nicht besucht, sie verstanden sich nicht besonders gut. Aber der Vater hatte eine gute Rente und es war die letzte Chance, zu überleben. Neumann hörte sich gereizt aber geduldig die Worte seines Vaters an, daß der, der arbeiten wolle, zu jeder Zeit Arbeit be-

kommen könne. Auch er haben damals, als alles in Schutt und Asche gelegen habe, sofort wieder Arbeit bekommen. Zwar nicht in seinem Beruf, aber das sei ihm damals egal gewesen. Er sei nicht so stolz gewesen, und Neumann solle mal endlich von seinem hohen Roß runterkommen, nur als Baggerführer zu arbeiten. Neumann bat seinen Vater eindringlich, mindestens im Namen seiner Enkel, ihm etwas Geld zu leihen. Schließlich gab ihm der Vater fünfhundert Mark und den Rat, endlich mal nach Arbeit zu suchen. Neumann verließ so schnell er konnte die Wohnung seines Vaters. Es gab überhaupt keinen Menschen, der ihm glauben wollte, daß es zur Zeit auf dem Baubereich wirklich keine Arbeit gab. Seine Bekannten und Freunde fragten ihn schon gar nicht

mehr, ob er Arbeit habe. Irgendwie hatte er das Gefühl, als kämen sie ihn auch immer seltener besuchen.

Familie Neumann kam mit den fünfhundert Mark nicht lange aus. Zwei Tage nach Weihnachten war das Geld verbraucht. Es hatten sich einfach viel zu viele Schulden angesammelt, die bezahlt werden mußten. Frau Neumann wußte sich auch keinen Rat mehr. Ihr Job als Verkäuferin im Supermarkt war nur aus hilfswiese, davon konnte die Familie nicht leben. Frau Neumann ging zum Sozialamt. Ihrem Mann hatte sie nichts davon erzählt. Der wäre sowieso dagegen gewesen und hätte ihr dies wahrscheinlich verboten. Sie hatte sich in letzter Zeit angewöhnt, ihren Mann vor vollendete Tatsachen zu stellen. Ihre Beziehung war in letzter Zeit sehr krisenhaft gewesen. Ihr ständig nörgelnder Mann zerterte an ihren Nerven. Ständig gab es zu Hause Ehekrach. Früher, vor der Arbeitslosigkeit, war das alles ganz anders gewesen. Da hatten sie alle Entscheidungen gemeinsam durchgesprochen und aufeinander Rücksicht genommen. Aber in letzter Zeit gab es keine Rücksichtnahme mehr. Ein leerer Brotkorb läßt keine Zeit zur Rücksichtnahme.

Frau Neumann hatte jedoch keinen Erfolg auf dem Sozialamt. Die erste Frage war die nach dem Einkommen ihres Mannes. Ihr Mann sei arbeitslos, habe aber noch kein Geld vom Arbeitsamt bekommen. Er könne die notwendigen Papiere erst am 15. Januar vom Konkursverwalter bekommen. Der Sachbearbeiter erklärte Frau Neumann, daß er keine Sozialhilfe zahlen könne, da das Arbeitsamt für Leistungszahlungen zuständig sei. Er könne nur Geld zahlen, wenn das Arbeitsamt bescheinigen würde, daß zur Zeit keine Zahlung möglich wäre. Entmutigt ging Frau Neumann

nach Hause. Sie mußte jetzt mit ihrem Mann sprechen, die Bescheinigung vom Arbeitsamt konnte nur er allein holen. Widerwillig beschloß Herr Neumann das zu tun, was seine Frau gesagt hatte. Aber ein vernünftiges Gespräch über den Sinn und Zweck hatte nicht stattgefunden. Herr und Frau Neumann hatten sich eine halbe Stunde lautstark angeschrien. Neumann war der Gedanke an das Sozialamt so deprimierend, daß er erst einmal ein paar Bierchen trank. Nachdem er auf dem Arbeitsamt zwei Stunden in der Schlange gewartet hatte, erklärte ihm der Antragsannehmer, daß eine Bescheinigung für das Sozialamt nicht ausgestellt werden können, da zuerst eine Bescheinigung des Sozialamtes vorgelegt werden müsse, aus der hervorgehe, daß ein Antrag auf Sozialhilfe gestellt worden sei. Neumann verlor die Nerven. Er schrie auf den Antragsannehmer des Arbeitsamtes ein. Dieser reagierte darauf überhaupt nicht, solche Situationen erlebte er jeden Tag. Er sagte nur, daß er die Polizei rufen würde, wenn Neumann nicht sofort das Zimmer verlassen würde.

Um ein Uhr mittags war Neumann wieder zu Hause. Seine Frau und er eilten zum Sozialamt. Das Sozialamt hatte aber schon seit zwölf Uhr für die Öffentlichkeit geschlossen. Die Chance, etwas an diesem Tag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Familie zu tun, war für diesen Tag endgültig vertan. Für das anstehende neue Jahr 1990 zogen sich dunkle Wolken am Horizont zusammen. Am 31. Dezember bekam die Familie Neumann 150,- DM vom Sozialamt, damit sie für Sylvester und Neujahr Lebensmittel einkaufen konnte. Innerhalb von drei Monaten hatte sich im Leben der Neumanns alles radikal verändert. Es war kein Geld vorhanden, Neumanns hatten 35.000,- DM Schulden, bei einem Schuldzins von 16% bei

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-Abonentinnen«).

Kontoinhaber:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialisten e.V. widerruflich

- ☐ eine einmalige Spende in Höhe von DM ,
- ☐ die Abo-Gebühr für »Christ und Sozialist« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,
- ☐ die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr

von meinem Konto bei der (Kreditinstitut):

BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein ☐ Neu-Abo ☐ Alt-Abo.

der KKB und 10% bei der Stadtparkasse. Das Ehepaar Neumann erlebte seine schwerste Ehekrise, obwohl sie zwölf Jahre glücklich verheiratet waren; und die Kinder bekamen zumindest soviel mit, daß sie wußten, daß es auch um ihr Glück schlecht bestellt war. Tochter Claudia war in den letzten Monaten rapide in der Schule abgesackt. Sie weinte oft, wenn sich ihre Eltern anschrien. Sie konnte das nicht verkraften. Sohn Stefan war in letzter Zeit immer schweigsamer geworden. Früher war er oft mit seinem Vater zum Möhnesee zum Angeln gefahren. Aber sein Vater fuhr nicht mehr zum Möhnesee, sein Vater schimpfte ihn immer aus. Er wußte, er hatte einen Freund verloren.

17. Januar 1990. Neumann hat endlich seine Papiere zusammen. Er geht zum Arbeitsamt und kann endlich seinen Antrag abgeben. An diesem Tag wartet er drei Stunden, bis er in das Zimmer gehen kann. Die Neumanns haben es zumindest jetzt geschafft, daß sie regelmäßig alle zwei Wochen Arbeitslosengeld bekommen. Als Neumann den Bewilligungsbescheid sieht, gerät er in Panik. Er bekommt 450,- Mark die Woche. Mit diesem Geld kann er keine Raten abbezahlen. Von der Stadtparkasse hat er einen Termin bekommen. Er soll dort bis zum 20. Februar vorsprechen. Es geht um den geliehenen Kredit. Seit Oktober ist keine Ratenzahlung mehr geleistet worden.

Am 20. Februar 90 ist die Situation genauso ausweglos wie immer. Neumann muß seine Vermögensverhältnisse offenlegen. Es stellt sich heraus, daß von dem Arbeitslosengeld nichts pfändbar ist, da Neumann drei unterhaltspflichtige Personen zu versorgen hat. Der Leiter der Kreditabteilung erklärt Neumann, daß nun unweigerlich eine Zwangsvollstreckung

erfolgen müsse. Herr Neumann ist geschockt. Wortlos verläßt er die Stadtparkasse. Die KKB – Kundenkreditbank hat inzwischen schon eine Zwangsvollstreckung eingeleitet, da sie ihre private Auskunft schon zwei Monate früher eingeschaltet hat.

Am 3. März 90 erscheint der Gerichtsvollzieher, um eine Zwangspfändung einzuleiten. Das Auto und bestimmte Gegenstände der Wohnungseinrichtung – vor allem aus dem Wohnzimmer – werden mit dem Kuckuck belegt. Die gepfändeten Sachen werden später abgeholt. Neumanns Glück vom Wohnen im Grünen ist zu Ende. Das Wohnzimmer ist leergeräumt. Die Kinder und Frau Neumann weinen. Neumann verläßt die Wohnung. Er braucht jetzt einen Schnaps. Aus dem einen werden am heutigen Tage noch sehr viele. Neumann ist irgendwie am Ende. In letzter Zeit war er schon öfter betrunken. Was soll er auch machen. Zu arbeiten gibt es nichts, wenn er zu Hause rumsitzt führt das unweigerlich zu einem Streit mit seiner Frau oder den Kindern.

Inzwischen ist es Frühling geworden. Neumann schaut jetzt wieder öfter in die Zeitung nach Stellenangeboten. Es stellt sich bei verschiedenen Firmen vor. Er verweist auf seine langjährige Berufspraxis. Er hat Glück. Endlich am 4. April 1990 kann er wieder anfangen. Bei der Firma Horn KG. Die Firma ist mit ihm zufrieden. Neumann nimmt sich jede Stunde, die er arbeiten kann mit. Er ist zwar abends kaputt, aber zufrieden. Jedenfalls bis zum 11. Mai 1990. In dieser Zeit ging es auch wieder aufwärts mit der Familie, mit seiner Frau. Es ist ein neuer Anfang. An jenem 11. Mai aber kam der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts zur Firma Horn. Die Stadtparkasse war damals bei der ziemlich schnellen

Aktion der Kundenkreditbank leer ausgegangen und versuchte nun durch einen Pfändungs- und Überweisungsbeschluß ihr Geld einzutreiben. Nachmittags, als Neumann von der Baustelle zurückkam, überreichte ihm Herr Horn wortlos seine Papiere und seinen Lohn. Arbeitsvertraglich war von vornherein festgelegt, daß im Falle einer Lohnpfändung sofort die fristlose Kündigung folgen würde. Neumann fuhr mit dem Bus gleich in die nächste Kneipe. Er erwachte am nächsten Morgen auf einer Parkbank im Rombergpark. Er wußte gar nicht, wie er dorthin gekommen war. Jedenfalls fehlte ein erheblicher Betrag seines Lohnes. Er ging zu Fuß nach Hause. Die Kinder waren Gott sei Dank schon in der Schule. Seine Frau weinte, als er nach Hause kam. Neumann konnte es nicht ertragen. Er ging gleich wieder, Er wußte, daß er einen Fehler gemacht hatte, aber er konnte ihn nicht eingestehen. Er kam am 12. Mai nachmittags um halb sechs total betrunken nach Hause.

Jetzt ging es wieder los mit dem Arbeitsamt. Diesmal hatte Neumann schon etwas Erfahrung. Was er allerdings nicht erwartet hatte, war, daß er eine Sperrzeit von vier Wochen bekam. Er hatte durch vertragswidriges Verhalten eine Kündigung herbeigeführt und somit seinen Arbeitsplatz verloren. Die Folge war, daß das Arbeitsamt vier Wochen kein Geld zahlte. Mit dem Sozialamt wollte er auch nichts mehr zu tun haben. Die Neumanns konnten jedenfalls die Miete zum Juni nicht zahlen. Da in den Mietzahlungen schon öfters Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren, erhielten Neumanns die schon lange angekündigte Räumungsklage. Frau Neumann eilte zum Sozialamt. Ihr Mann war mal wieder nicht zur Stelle, da er wahrscheinlich wieder in irgendeiner Kneipe rumhing und sein Taschengeld durch-

brachte. Die Taschengeldregelung war schon vor längerer Zeit vereinbart worden, da Neumann in letzter Zeit sehr viel Geld für Kneipenbesuche verbraucht hatte.

Der Räumungsbeschluß der Wohnungsbaugesellschaft war rechtskräftig. Die Wohnung mußte am 1.7.90 geräumt werden. Die Neumanns hatten verzweifelt versucht, eine Wohnung zu bekommen, aber es scheiterte jedesmal daran, daß Neumann arbeitslos war. So blieb den Neumanns nichts anderes übrig, als die Wohnungszuweisung der Stadt Dortmund anzunehmen. Die neue Anschrift der Neumanns lautete: Jägerecke 35, Dortmund-Huckarde. Für alle nicht stadtkundigen Leser sei gesagt, daß es sich hierbei um eine Obdachlosensiedlung handelt. Die Situation war für die Neumanns deprimierend. Es kam ihnen wie eine lange Zeit vor, da sie aus der Stadtmitte weggezogen waren. Selbst im Alptraum hätte sich Neumann nicht vorstellen können, hier einmal zu landen. Vor einem Jahr waren sie noch eine glückliche Familie gewesen, die es sich noch leisten konnte, Sonntags zum Möhnesee zu fahren.

Im Leben der Neumanns hatte sich nun einiges geändert. Vom Arbeitslosengeld wurde gleich die Wohnungsnutzungsgebühr eingezogen. Das Geld, was die Familie zum Leben brauchte, wurde vom Sozialamt überwiesen. Wenn man es so nahm, hatte sich alles zum Besseren gewandelt. Die Behördengänge wurden weniger, und wenn etwas unklar war, schaltete sich gleich das Sozialamt ein. Neumann hörte auch nichts vom Arbeitsamt, dort mußte er sich nur regelmäßig melden. Neumann hatte auch mit der Zeit kein Interesse mehr an Zeitungsinserten. Im Laufe der nächsten zwei Jahre geschah eigentlich nichts Umge-

wöhnliches mehr. Jedenfalls kam es Neumann so vor. Er selbst sah aber nicht so genau, was vor sich ging. Sein Leben war inzwischen in einen anderen Rhythmus übergegangen. Morgens zur Bierbude ein paar Straßen weiter gehen, ein paar Flaschen Bier trinken und abends noch einmal das Gleiche.

Die Streitereien mit seiner Frau hatten aufgehört. Was sie sagte, interessierte ihn immer weniger. Er merkte auch gar nicht, daß seine Frau in der letzten Zeit unheimlich gealtert war. Er merkte auch nicht, daß sie oft verweinte Augen hatte. Sie aber war ein gebrochener Mensch.

Die Kinder kamen in der Schule überhaupt nicht mehr klar. Claudia mußte eine Schulklasse wiederholen. Stefan, der früher ein guter Schüler gewesen war, zeigte für die Schule auch kein Interesse mehr. Sobald er zu Mittag gegessen hatte, ging er aus dem Haus. Hier in der Siedlung gab es eine Menge Jungs, die den ganzen Nachmittag in der Siedlung herumlungerten. Mofas waren ihr Interesse. Sie waren auch oft bei Ulla in der Pommesbude. Dort stand ein Spielautomat. Für zwanzig Pfennig konnte man ganze Flugzeuggeschwader abschießen. Ab und zu ging es auch mal zur Sache. Einen Zigarettenautomaten zu knacken war überhaupt keine Schwierigkeit für die Jungs. Na ja, und ab und zu einmal irgendwo in einen Keller eingestiegen, um ein paar Flaschen Bier zu holen, war noch nie ein Problem gewesen. Mit der Zeit kam auch dazu, daß sie morgens nicht in die Schule gingen, sondern sich in der Stadt im Kino einen Film anschauten. Das ganze ging so lange gut, bis Frau Neumann von der Schule benachrichtigt wurde, ihren Sohn in die Schule zu schicken, bzw. eine Nachricht zu übersenden, warum Stefan nicht in die Schule komme. Herr Neumann be-

kam diese Situation mit und verprügelte Stefan. Dies war Stefan jedoch vollkommen egal, weil er jegliches Vertrauen zu seinem Vater verloren hatte.

Das Jahr 1991 sollte für die Neumanns den endgültigen großen Schicksalsschlag bringen. Neumann hatte an seiner Bierbude einen Mann getroffen, der für eine Firma Aaz, Dortmund Leute anwarb. Neumann konnte endlich mal wieder auf einen Bagger steigen. Zu Hause allerdings erzählte er nichts davon. Das Geld, was er hier verdienen konnte, war sein eigenes Geld. Mit seinem Taschengeld, daß er von seiner Frau bekam, konnte er sowieso nicht die ganzen Trinkschulden bezahlen. Neumann war oft tagelang überhaupt nicht zu Hause, weil er irgendwo auf einer Baustelle war. Auf die drängenden Fragen seiner Frau nach seinem Aufenthalt gab er keine Antwort. Er hatte endlich genug Geld um leben zu können. Nicht ewig das Gekeife seiner Frau nach den paar Pfennigen Taschengeld. Das Ganze ging von August bis November gut. Neumann war gerade auf einer Baustelle im Sauerland. Es hatte schon tagelang geregnet. Der Boden an der meterhohen Böschung, an der er mit seinem Bagger arbeitete, war ziemlich aufgeweicht. Plötzlich ging die ganze Böschung mit samt dem Bagger ab. Neumann hatte keine Chance, aus dem stürzenden Bagger zu springen. Er wurde zwei Stunden später schwerverletzt aus dem zertrümmerten Bagger herausgeschweißt. Als Frau Neumann davon erfuhr, erlitt sie einen Nervenzusammenbruch. Auch sie kam ins Krankenhaus. Claudia und Stefan wurden in ein Heim eingewiesen.

Nachdem Neumann wieder einigermaßen hergestellt war, begannen die Ermittlungen zu dem Unfallhergang. Neumann hatte jetzt also vier Monate

schwarz gearbeitet, das heißt, ohne jeglichen Versicherungsschutz. Er stellte sich heraus, daß die Firma Aaz nur eine Scheinfirma eines Subunternehmers war, der für die Arbeiten viel Geld kassierte, seine Leute aber nicht einmal versicherte oder Sozialabgaben entrichtete. Die Krankenhauskosten wurden erst einmal vom Sozialamt übernommen, jedoch wurde Neumann darauf hingewiesen, daß er die Kosten zurückzahlen müsse, da er Sozialhilfe unrechtmäßig bezogen hatte. Die Mitteilung über seine Schwarzarbeiten ging über das Sozialamt und Gewerbeaufsichtsamt an das Arbeitsamt. Die Rückforderung von Arbeitslosenhilfe betrug 5.978,19 DM. Gleichzeitig wurde ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren wegen Betruges eingeleitet. Im Februar 91 war die Gerichtsverhandlung wegen Leistungsbetrug von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Neumann erhielt eine Strafe von 2.000,- DM. Neumann konnte natürlich nicht zahlen. Die Geldstrafe wurde in eine Haftstrafe von 3 Monaten umgewandelt. Neumann kam nach Attendorn – Gut Ewig – in den offenen Vollzug. Frau Neumann war inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen worden, wurde jedoch erst einmal zur Kur geschickt. Claudia und Stefan saßen immer noch im Erziehungsheim.

Als Neumann seine Strafe abgesessen hatte, erreichte ihn die nächste böse Nachricht. Seine Frau hatte die Scheidung eingereicht. Sie ließ ihn nicht in die Wohnung an der Jägerecke. Neumann ging erst einmal zur Bude. Nachdem er ein paar Bierchen getrunken hatte, ging es ihm schon wieder besser. Er ging in die Stadt. Da er jetzt noch nicht einmal einen festen Wohnsitz hatte, meldete er sich im Männerwohnheim in der Steinstraße 48 a. Davon hatte er schon öfter von Kollegen gehört. Dies war das erste

Mal in seinem Leben, daß er wirklich nichts anderes hatte, als die Kleider, die er trug. Neumanns Leben hatte sich schon wieder sehr verändert. Er ging jetzt Morgen für Morgen zur Job-Vermittlung oder gleich zum Großmarkt. Er konnte dort ein paar Mark verdienen, für das Bier und die Gebühr im Männerwohnheim. Mehr wollte und brauchte er nicht mehr für sich.

Anfang 1992 war der Scheidungstermin. Die Scheidung ging glatt über die Bühne. Eine Vermögensaufteilung brauchte nicht vorgenommen zu werden, da die Familie Neumann keine Vermögenswerte mehr besaß. Neumann erfuhr erst beim Familiengericht, daß Stefan schon seit einem viertel Jahr im Jugendknast in Iserlohn saß. Er war damals aus dem Heim ausgebrochen. Die Ausbildung als Schreiner, die er dort im Erziehungsheim begonnen hatte, machte ihm keinen Spaß. Er brach sie ab und war ein paar Tage später verschwunden. Er hatte sich mit einigen anderen Jungs in Duisburg zusammengeschlossen. Die Jugendlichen waren alle arbeitslos und lebten davon, Autos zu klauen, Zigarettenautomaten zu knacken und ab und zu die große Sause zu machen. Nachdem Stefan und ein anderer Jugendlichen sich in Duisburg-City so richtig die Lampe begossen hatten, überfielen sie einen Rentner auf dem Nachhauseweg. Sie hätten ihn bald totgeschlagen für lumpige Zwanzig Mark. Stefan und der andere bekamen zwei Jahre Strafe.

Claudia lebte bei der Mutter. Sie schaffte nicht einmal ihren Hauptschulabschluß. Eine Lehrstelle bekam sie nicht. Sie arbeitete jetzt seit einem Jahr als Hilfsarbeiterin am Band.

Im Januar 1993 fand man Neumann tot an der Emscher. Die Obduktion seiner Leiche ergab Tod durch Erfrieren in voll-

trunkenem Zustand. Die Familie traf sich nicht zur Beerdigung. Stefan saß noch in der JVA, Frau Neumann war eine gebrochene Frau, die nicht mehr fähig war, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Claudia ging am Tage der Beerdigung ihres Vaters ganz normal arbeiten. Sie empfand für ihren Vater nichts mehr,

Willibald Jacob

Der Verfasser ist evangelischer Theologe und Ökonom, er arbeitete zeitweilig als Betriebsleiter. Sein Beitrag beruht auf Material der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte über die Situation der Berliner Arbeitnehmer.

Der Ostwind weht, wo er will

Betriebsräte über Arbeitsplatzabbau in Berlin

Die Zeit hat gearbeitet. Ein und ein halbes Jahr nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion begriffen Arbeiter und Angestellte, gewählte Betriebs- und Personalräte, daß es so nicht weitergehen kann. Es waren hochqualifizierte und erfahrene Ingenieure, und Facharbeiterinnen, die sich im März 1992 zusammmentaten, um in einer unerträglich werdenden Situation zu beraten. Sie hatten einschneidende Erfahrungen hinter sich:

Dem Anpassungs- und Konkurrenzdruck im Verhältnis zur westdeutschen Wirtschaft, vermittelt durch die Treuhandanstalt (THA), konnten ostdeutsche Betriebe ohne Schutzmaßnahmen nicht standhalten. Der Arbeitsplatzabbau hatte anomale Dimensionen angenommen. Hier wurde nicht die Umstrukturierung von Betrieben organisiert, sondern ihre Vernichtung. Damit wurden die Erwartungen der Menschen nicht irgendwo,

weder Trauer noch Mitgefühl. Es war, als hätte ihr Vater nie existiert. Aber Claudia hat manchmal große Angst, Angst, die ihr Vater nie gehabt hat. Sie hat Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, sie hat Angst, den gleichen Weg gehen zu müssen, wie ihr Vater.

sondern am Arbeitsplatz, in einer aktiven Sphäre des Lebens, enttäuscht. Ein entscheidendes Instrument zur aktiven Teilnahme an den Aufgaben unserer Zeit wurde den Menschen genommen.

Die Übernahme westdeutscher Gewerkschaftsstrukturen und -praktiken führte nicht zur wirksamen sozialen und betrieblichen Interessenvertretung. Die Belegschaften erwarteten einen vernünftigen Ausgleich zwischen kollegialer Interessenvertretung und betrieblicher Modernisierung. Da dieser Ausgleich nicht gelang, entzogen sich die KollegInnen den Gewerkschaften durch Nicht-Wiedereintritt oder Austritt. Den Betriebsräten blieb die Last der Verantwortung und der Zwang, neue Wege zu suchen.

Ein entscheidender Schritt auf einem neuen Weg war die branchenübergreifende gegenseitige Beratung und Ermuti-

gung. Einem real existierenden Ausnahmezustand mußte mit außergewöhnlichen Maßnahmen begegnet werden.

Zum Erstaunen vieler und zum Ärger einiger gelang im Frühjahr und Sommer 1992 eine Zusammenarbeit von Berliner Betriebs- und Personalräten (Initiativgruppe), die die Grenzen der einzelnen Industriegewerkschaften überschritt. Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Branchengewerkschaften u.a. von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, der IG Metall, der IG Medien, der Gewerkschaft ÖTV, der IG Chemie, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft saßen Woche für Woche in Berlin zur Beratung von Aktionen und zum Erfahrungsaustausch zusammen. Die IG Medien, HBV und ÖTV schickten Funktionäre. Der DGB stellte einen Versammlungsraum zur Verfügung.

Dies geschah auch in anderen Regionen Ostdeutschlands. Die neuerliche Welle von 100.000 Entlassungen zum 30. 6. 1992 führte zur Idee, am 20. 6. 1992 eine erste Konferenz ostdeutscher und Berliner Betriebs- und Personalräte durchzuführen. Es versammelten sich trotz vieler Schwierigkeiten 140 Betriebs- und Personalräte aus 80 Betrieben, darunter sechs Westberliner Betriebe, in der Kongreßhalle am Alexanderplatz. Sie vertraten mehr als 100.000 Beschäftigte. Dazu kamen weitere 100 Gewerkschafter und Gäste aus Parteien, Verbänden und der Evangelischen Kirche. Den Vorsitz führten Eberhard Wagner, Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Seereederei Rostock und je ein Betriebsrat aus jedem ostdeutschen Bundesland.

Diese Konferenz war insofern ein qualitativer Höhepunkt als hier neben der Verabredung von neuen Aktionen gegenüber Treuhandanstalt und Bundesregierung eine wesentliche und be-

wußtseinsprägende Arbeit geleistet wurde:

Die Diskussionen im Plenum, die Auseinandersetzung mit zögerlichen und skeptischen Gewerkschaftsfunktionären und die Gespräche am Rande der Konferenz förderten das Selbstbewußtsein und die Solidarität von Frauen und Männern, die sich nicht abfinden mit der Abwertung ihres Lebens.

Als ein erstes Ergebnis aller Erfahrungen mit den Folgen der Markt- und Konkurrenzwirtschaft im betrieblichen Alltag wurde ein gemeinsamer Forderungskatalog erarbeitet und anschließend Frau Breuel, der Präsidentin der THA, übergeben (siehe Seite 46). (1)

Durch schriftliche Befragung der Betriebs- und Personalräte wurde ein bisher einmaliges statistisches Material zur Arbeitsplatzvernichtung in der ostdeutschen Großindustrie zusammengestellt, das deutlich macht, daß diese Entwicklung planvoll und verheerend zugleich abläuft.

Im folgenden wird dieses Material auszugsweise wiedergegeben. Dies ist ein Stein im Mosaik der gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur Ostdeutschlands. Zusammen mit der Vertiefung der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, des Ausverkaufs der Land- und Forstwirtschaft, der Gründung und den Pleiten von Kleinunternehmen, der wachsenden Wohnungsnot, der Nichtbezahlbarkeit von Gesundheits-, Versicherungs- und Schulwesen, der Verbürokratisierung jeder öffentlichen Verwaltung kann dieser Einblick in die industrielle »Entwicklung« Aufschluß geben über die Schwächung des Gemeinwesens durch die einseitige Übernahme von westlichen Praktiken und Traditionen.

Dazu eine Stimme aus dem Kreis der Betriebs- und Personalräte:

»Die Treuhandanstalt hat bisher (aus begreiflichen Gründen) keine Statistik der Arbeitsplatzgarantie auf Betriebsebene veröffentlicht. Sie informiert immer nur über Arbeitsplatzgarantien wohlthätiger Investoren. Das Zahlenmaterial der 41 ostdeutschen Betriebe stammt von den Betriebsräten dieser Unternehmen. Die Auswahl der Betriebe ist zufällig. Innerhalb von nur zwei Jahren sind in diesen Betrieben 74905 von ehemals 95196 Arbeitsplätzen vernichtet worden. Drei von vier Arbeitsplätzen sind weg.

Hier zeigt sich die ganze Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Privatisierungspolitik der THA. Der westdeutsche Manchester-Kapitalismus ist offensichtlich mit seinem ökonomischen Latein am Ende.« (2)

Zum Verständnis der statistischen Analyse selbst schreibt Martin Clemens, der Initiator der Befragung: »Die Arbeitsplatzvernichtung errechnet sich aus der Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahlen Jan. 1990 bis April 1992 (in drei Fällen Jan. 90 bis Jan. 92, in einem Fall Jan. 90 bis Dez. 92). Alle Zahlenangaben stammen von den Betriebsräten der Unternehmen. Alle Betriebe waren oder sind (noch) in Treuhand-Verwaltung.

Wie kommt die Auswahl der Betriebe zustande? Zum überwiegenden Teil durch persönliche Kontakte der Betriebsräte, die sich in der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte zusammengeschlossen haben. Wir besitzen natürlich nur begrenzte Recherche-Möglichkeiten. Die wissenschaftliche Erforschung der Arbeitsplatzvernichtung durch die Treuhandanstalt steht noch am Anfang. Dennoch zeigt sich bereits auf dieser schmalen Datenbasis eine klare Tendenz und es lassen sich erste Schlußfolgerungen ziehen:

Zwei von drei Arbeitsplätzen in der Ostberliner Industrie sind seit 1990 vernichtet worden, in absoluten Zahlen der angeführten 22 Betriebe: 40930 von 59302.

Die Großbetriebe der Ostberliner Metall- und Elektroindustrie werden systematisch plattgemacht. Jeder Großbetrieb hat Zulieferer. Stirbt das Hauptunternehmen, reißt es die Zulieferer (in der Regel) mit in den Abgrund.

Für die Erfassung der Arbeitsplatzvernichtung bei den Zuliefererbetrieben fehlen uns die nötigen Angaben. Nur im Fall Narva gelang es bisher dem Betriebsrat durch einen klugen und unerschrockenen Kampf, für alle im Frühjahr 92 noch im Werk beschäftigten Kolleginnen und Kollegen eine Arbeitsplatzgarantie durchzusetzen. Allerdings um den Preis des Abschieds von der Lichtproduktion. Alle anderen Betriebsräte sind durch die Wucht der großen Ereignisse mehr oder weniger überrumpelt, von heute auf morgen in neue komplizierte Verhältnisse versetzt, durch den massiven Druck der Geschäftsführungen und der Treuhandanstalt gezwungen worden, die sozial verheerende (und für die Investoren sehr einträgliche) Politik der Privatisierung passiv durch Interessenausgleich und niedrige Sozialpläne zu begleiten.

Es ist wichtig, daß die Betriebs- und Personalräte die bisher gesammelten praktischen Erfahrungen ihres Kampfes gegen das Plattmachen der Industriebetriebe zusammenfassen, schnell lernen und von der für die Belegschaften verhängnisvollen Politik der Kooperation mit der Treuhand zu einer Politik des aktiven und unerschrockenen Kampfes um den Erhalt aller noch vorhandenen Arbeitsplätze übergehen.« (3) Es bleibt noch hinzuzufügen, daß der aufreibende Kampf der Betriebs- und Personalräte in

Ostdeutschland um eine angemessene innerbetriebliche Interessenvertretung Schritt für Schritt auf einen Weg führt, auf dem sie gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften für die Interessen aller Bürger, auch der arbeitslosen, eintreten müssen. Zum Schluß dazu eine Einsicht aus dem Umkreis der Initiative Berliner Betriebs- und Personalräte:

»Ohne den Aufbau regionaler Netzwerke, in denen Gewerkschafter, Betriebsräte, kommunale und private Institutionen zusammenarbeiten, lassen sich die Probleme der wirtschaftlichen Strukturkrise in den fünf neuen Ländern nicht bewältigen. Erst in und durch die Zusammenarbeit werden Schritt für Schritt Ziele und Programme genauer formuliert werden können. Der Aufbau dieser regionalen Netzwerke könnte darüber hinaus bewirken, daß die Möglichkeiten der Bürger, sich an der Politik zu

beteiligen und Entscheidungen zu beeinflussen, größer würden. Insofern könnten Betriebsräte auch zu Moderatoren werden im Sinne einer lebendigen kommunalen Demokratie.« (4)

Der Artikel stammt aus »Dritter Weg, 1/93«; darin auch die Tabelle zur Arbeitsplatzvernichtung in den NBL.

Anmerkungen

1) Pressespiegel 7/92, Hg. Initiativgruppe Berliner Betriebs- und Personalräte vom 29. 6. 92

2) mac in: Ostwind Extra vom 9.9.92, Hg. Initiativgruppe Berl. Betriebs- u. Personalräte

3) ebenda: Martin Clemens, Arbeitsplatzvernichtung in Ostberlin

4) Jander / Lutz / Kottwitz / Kreidler, Überforderung oder Chancen? Betriebsräte im Osten in: Expreß, Zeitung für Betriebs- und sozialistische Gewerkschaftsarbeit Nr. 9, Offenbach 1992

Forderungen Berliner Betriebs- und Personalräte

1. Den sofortigen Stopp aller weiteren Entlassungen und Einhaltung der Arbeitsplatzgarantien in bereits privatisierten Betrieben, ansonsten Aufhebung der Kaufverträge.

2. Durchsetzung des Grundsatzes aktive Sanierung vor Privatisierung für alle sanierungsfähigen Betriebe.

3. Ein Investitionsprogramm zum Erhalt der noch vorhandenen, zur

Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie den Ausbau von ABM zu festen Arbeitsplätzen.

4. Förderung von Produkt- und Verfahrensinnovationen zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ökologebereich.

5. Verbot der Leiharbeit (u.a. Abschaffung des Zweitregisters in der Seeschifffahrt) und des Lohndumpings.

6. Sofortige Entschuldung ostdeutscher Betriebe, zinsgünstige Kreditgewährung und Beteiligung von Treuhandbetrieben an Förderungsmiteln (EAP).

7. Bevorzugung ostdeutscher und Berliner Betriebe bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren und Vergaben für Aufträge in den neuen Bundesländern und Berlin.

8. Erhebung einer Investitionsabgabe von Unternehmen, die nicht mindestens 25% ihrer Investitionen in den fünf neuen Bundesländern und Berlin vornehmen.

9. Volle Beteiligung der Betriebs- und Personalräte bei allen Verhandlungen und Entscheidungen der Treuhandanstalt von Anfang an, Bildung eines geeigneten unabhängigen Kontrollorgans mit paritätischer Besetzung.

10. Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung, Verhinderung der Immobilienspekulation.

11. Tarifliche Vergütung in voller Höhe bei Qualifizierungsmaßnahmen.

12. Erweiterung der Hermesbürgschaften in Umfang und Dauer zur Stützung der osteuropäischen Absatzmärkte für ostdeutsche Betriebe.

13. Ökologische Umstellung alter und ökologische Ausrichtung neuer Produktionsanlagen.

14. Deutliche Verbesserung der sozialen Lage der Rentnerinnen und Rentner, sowie der in den Vorruhestand entlassenen Arbeitnehmer. Kein

Mißbrauch des Rentenrechts als Politisches Strafrecht.

15. Hochschulen sind ein Motor der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, daher statt konzeptionslosem Kahlschlag in der Hochschullandschaft ein Hochschul-Entwicklungsplan.

16. Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Jugendliche nach der Lehre, damit diese in ihrer Heimatregion eine konkrete berufliche Perspektive finden und nicht gezwungen sind, in die Altbundesländer abzuwandern.

17. Erhalt von Großindustriestandorten, da nur diese die Existenz von mittelgroßen gewerblichen Betrieben und von Dienstleistungsunternehmen strukturell sichern können.

18. Entwicklung von Konzepten, um neue zukunftssichere Arbeitsplätze, vor allem im mittelkapitalintensiven Bereich, zu schaffen.

19. Öffentliche Unterstützung der Bildung von Alternativbetrieben.

20. Schaffung neuer Gewerbezentren in den Kommunen mit erschwinglichen Mieten für Neugründer.

21. Die Beurteilung der Sanierungsfähigkeit eines Betriebes darf nicht die alleinige Sache der Treuhandanstalt sein, sondern muß auch von einem Gremium beurteilt werden, das von der Arbeitnehmerseite akzeptiert wird.

Bericht über eine Tagung der Ev. Akademien Baden und Pfalz

Zu der Tagung »Roter Himmel auf Erden? Der religiöse Sozialismus« (gemeinsam veranstaltet von den Akademien Baden und Pfalz) bin ich zusammen mit Ulrich gefahren, der als Sprecher des Bundes eingeladen war. Die Tagung war für mich interessant, allerdings weniger wegen der Qualität der gehaltenen Referate, die ich als sehr unterschiedlich bewerte, als vielmehr wegen des »heimlichen Lernziels«, das m.E. mit dieser Tagung erreicht werden sollte.

Zunächst fiel Oberflächliches auf: Ulrichs Name fehlte auf der Referentenliste und den Werbeplakaten. Sicherlich ein Versehen. Später erfuhren wir mehr Merkwürdiges: Die Akademie der Pfalz hatte eigene Programme und Plakate drucken lassen, auf ihnen fehlte unser Bundeszeichen, das Kreuz mit der Rose, das die von der Akademie Baden vertriebenen Programme zierte. Sicherlich kein Versehen.

Der Einladungstext hatte uns schon vorher merkwürdig berührt, hieß es doch da: *»Sein (Erwin Eckerts) hundertster Geburtstag ist Anlaß, uns noch einmal mit dem religiösen Sozialismus zu beschäftigen, denn die Debatte darüber ist noch nicht beendet: Zu stark ist nicht nur in Deutschland das Bedürfnis, die soziale Welt übersichtlich zu machen und für die Wechselfälle von Wirtschaft und Politik ein immer funktionierendes System kollektiver Verteilung von Lasten und Gewinnen zu haben.«* Darf man daraus lesen, daß ein paar zu undifferenziertem Denken unfähige Linke, wie die Resos,

die Welt noch immer in Gut und Böse einteilen müssen, weil sie nichts dazugelernt haben? Zu diesem Text verteilte Ulrich zu Beginn der Tagung einige schriftlich fixierte Anfragen, die vom pfälzischen Akademieleiter Dr. Ziegert als »Propaganda« eingestuft wurden (sie hier abzudrucken, würde zu viel Platz beanspruchen, wer sie nachlesen möchte, wende sich an mich).

Nun zum Programm der Tagung: Am Freitagabend hielt Friedrich Martin Balzer seinen inhaltlich gut fundierten und anrührenden Vortrag zu Erwin Eckert. Der Sonabend war mit 4 Referaten vollgepackt, für eine Aussprache danach war viel zu wenig Zeit vorgesehen, sie war wohl auch nicht erwünscht. Der Akademieleiter Badens, Herr Ehmman, erklärte dann auch in schöner Offenheit, die Beiträge der Zuhörenden führten, so zeige seine Erfahrung, meistens doch nicht weiter.

Die Vorträge von Karl-Wilhelm Dahm aus Münster und von Traugott Jähnichen aus Bochum enthielten vieles, über das sich das Diskutieren und vertiefende Nachfragen wohl gelohnt hätte. Schade! Ein offener Diskurs wäre an dieser Stelle möglich und im Interesse der Teilnehmerrinnen gewesen, da, wo er in Ansätzen stattfand, ermutigten ihn die Tagungsleiter keineswegs.

Der Sonntagvormittag brachte ein Podiumsgespäch zwischen Parteienvertretern, Ulrich als Sprecher des Bundes und einem Redakteur der »Welt am Sonn-

tag«, Michael Inacker. Was die Parteienvertreter mit Ausnahme von Wolfgang Ullmann, Bündnis 90, und Rüdiger Reitz, SPD, vom religiösen Sozialismus wußten, wird wohl ihr Geheimnis bleiben. Wolfgang Ullmann nannte den religiösen Sozialismus »einen nach wie vor aktuellen Impuls, der aber unreviewierbar diskreditiert« sei. Michael Inacker durfte den Bund und seinen Sprecher, von Tagungsleiter Ehmann unwidersprochen, in die Nähe der Staatssicherheit rücken, indem er erklärte, er wisse aus sicherer Quelle, »mit Herrn Peter und dem Bund der Religiösen Sozialisten wird sich demnächst die Gauck-Behörde beschäftigen«.

Original-Ton Ehmann, als Ulrich sich direkt darauf zu Wort meldet: »Uns ist klar, Herr Peter, daß Sie das zurückweisen werden. Ob jetzt oder in 10 Minuten, wenn Sie dran sind, ist wohl egal«. Spätestens hier war eine deutliche Polarisierung der Zuhörenden spürbar, Inacker bekam Applaus, aber es erhoben sich auch lautstarke Proteste. Herr Ehmann

wurde in der Pause gedrängt, solche Difamierung nicht einfach stehenzulassen, er tat dies, indem er den Zuhörenden empfahl, in den nächsten Wochen die Presse zu beobachten und sich dann selbst ein Urteil zu bilden!

Schon am Vortag hatten uns viele TeilnehmerInnen bei den Mahlzeiten und an unserem Info- und Büchertisch versichert, wie unmöglich sie den Stil der Tagungsleitung fanden, die kritische Stellungnahmen Ulrichs und F.M. Balzers zu den Referaten unhöflich abbügelte. Das ist es auch, was ich positiv an der Tagung bewerte und was zeigt, daß das »heimliche Lernziel«, den religiösen Sozialismus ein für alle Mal für erledigt zu erklären, nicht realisiert wurde: viele der Anwesenden suchten das Gespräch, nahmen unser Material mit und äußerten im nachhinein in Briefen und Telefongesprächen ihren Frust über den Ablauf der Tagung. So kann ich sagen: es hat sich gelohnt, nach Ludwigshafen zu fahren, denn zu einfach sollten wir es den Herren doch nicht machen!

An alle BefürworterInnen militärischer Interventionen aus Bündnis 90, Grünen und Friedensbewegung

In den Reihen ehemals strikter KriegsgegnerInnen mehrten sich die Stimmen, die eine militärische Intervention im ehemaligen Jugoslawien einklagen. Sie, z.T. anerkannte Kriegsdienstverweigerer, fordern von anderen, mittels Waffeneinsatz ihr Leben zu riskieren und anderes Leben zu tö-

ten. Enttäuscht von dieser moralisch zynischen Haltung erwarten wir ehemalige Soldaten von Euch selbst ein konsequentes, persönliches Umsetzen Eurer, den Militäreinsatz befürwortenden Einstellung. Die Zeit Eurer pseudosolidarischen Bekundungen ist vorbei.

Wir sind ehemalige Reservisten, die auf eine militärische Laufbahn in den Teilstreitkräften Luftwaffe und Heer zurückblicken. Die erworbenen militärischen Kenntnisse und das militärische Know-how unserer Gruppe ILLOYAL bieten wir Euch zum Aufstellen einer Grünen Brigade an, damit Ihr »sozialverträglich«, »ökologisch« und »sanft« militärisch intervenieren könnt:

Waffenausbildung

In diesem Basis-Workshop werdet Ihr mit dem BW-Gewehr G3, alternativ der Kalaschnikow, dem MG 1, Handgranaten und Handflammpatronen vertraut gemacht. Da uns sicherlich diese Waffen nicht zur Verfügung gestellt werden, müssen wir uns, nach einem theoretischen Waffendruck, diese bei den in den Wäldern um Berlin herum übenden Wehrsportgruppen erkämpfen. Hierbei werden Grundkenntnisse der taktischen Bewegung im Gelände Schützenkette und -reihe, Robben etc. eingeübt und angewendet.

Sanitätsdienst

Es geht darum, ohne Zeitverlust die Arten von Verletzungen nach ihren Behandlungschancen einschätzen zu können. Das Ziel ist das ökonomische Aussortieren derjenigen, deren Behandlung eine für die Grüne Brigade untragbare Belastung bedeutet.

Zielerkennung

Aufgrund der Waffenwirkung und ihrer Einsatzreichweite ist es nicht möglich, unschuldige Ziele von schuldigen Zielen, deren Tötung von Euch

legitimiert wird, zu unterscheiden. Trotzdem werden wir den Versuch machen, Feinderkennungscharakteristika, wie Aussehen, Geschlecht, Körperhaltung, auch aus Kampferfahrungen bis zu 20 km, zu vermitteln, um die unweigerlichen, aber gerechtfertigten Verluste unter den Unbeteiligten so gering wie möglich zu halten.

Psychosoziale Betreuung

Die jugoslawische Bundesarmee ist auf einen langwierigen Partisanenkampf logistisch und personell vorbereitet. In Zusammenarbeit mit US- und russischen Psychotherapeuten, die entsprechende Vietnam- und Afghanistan-Erfahrungen haben, werden wir einen psychosozialen Dienst aufbauen, um während und nach dem Ende des individuellen Kriegeinsatzes die traumatischen Erlebnisse Eurer BrigadistInnen aufzufangen. Die von Euch aufgeschlitzten, zeretzten, verstümmelten und verbrannten Körper sind nun mal kein schöner Anblick.

Zu einem ersten Treffen können alle interessierten BrigadistInnen am 30. April 1993 um 19.30 Uhr in unser Büro in die Oranienstraße 25 in W-1000 Berlin 36 kommen. Als erste orientierende Einstimmung in die Geländebeziehungen werden einige Winnetou-Filme vorgeführt, die als deutsch/jugoslawische Gemeinschaftsproduktionen in Eurem zukünftigen Kampfgebiet gedreht wurden.

aus telegraph 3/93, S. 46



Wir trauern um unser Bundesmitglied Heinrich Albertz

Die Medien meldeten am 18.5., daß Heinrich Albertz in der Nacht in einem Altersheim in Bremen verstorben war. Heinrich Albertz, 1915 in Breslau geboren, war ein eigenwilliger Mensch, der uns und vielen anderen nicht durch den geraden Verlauf seines Lebens, sondern durch die Fähigkeit offensichtliche Fehler korrigieren zu können, Vorbild wurde. Seine Biographie vollzieht sich bis zum Punkt der Umkehr 1967 bruchlos. Als junger Pfarrer der Bekennenden Kirche von den Nazis mehrmals verhaftet, machte er nach 1945 in der Politik rasch Karriere. 1948 wurde er Flüchtlingsminister in Niedersachsen. 1955 wechselte er nach Berlin und wurde 1961 Innensenator in der von Willy Brandt geführten Berliner Regierung. In der SPD stand er auf dem rechten Flügel und wurde 1966 als Nachfolger Brandts, der in Bonn Außenminister wurde, Regierender Bürgermeister.

In seine Amtszeit fiel die beginnende Außerparlamentarische Opposition, die mehr war als nur eine Studentenbewegung und die in Berlin ihr Hauptzentrum hatte. Albertz war Repräsentant eines

Senates, der als einziges »Argument« gegen den »Druck der Straße« nur die Staatsmacht und die Bereitschaftspolizei kannte. Unter den Demonstrierenden waren auch viele TheologiestudentInnen und PfarrerInnen, die sich von ihrer Glaubensgrundlage zur Entscheidung gegen den Vietnamkrieg und gegen Diktaturen in der Welt aufgerufen wußten. Demgegenüber hatte die Regierung, die sich entschieden gegen die »Diktaturen im Osten« aussprach, keine Skrupel den Massenmörder Reza Pahlevi zum Staatsbesuch einzuladen. Immerhin war der Schah von Persien ja kein Kommunist. Gegen diesen Staatsbesuch demonstrierten in Berlin Zehntausende. Als das persische Kaiserpaar am 2. Juni 1967 mit Albertz die Berliner Oper besuchte, kam es zu Ausschreitungen. Gruppen persischer Geheimpolizisten schlugen unbehindert mit langen Holzlatten auf Demonstranten ein und der Polizeimeister Kurras erschoss den Studenten Benno Ohnesorg, dessen erste Demonstration auch seine letzte war.

Albertz wird von seinen zuständigen Beamten, unter ihnen Innensenator

Büsch, (fehl-) informiert und gibt am Morgen des 3. Juni eine Presseerklärung mit der Überschrift »Die Geduld der Stadt ist am Ende« heraus, die von dpa verbreitet wird. Albertz rechnete den Toten und die Verletzten der Demonstrationen ausschließlich den Demonstranten als Schuld an und billigte das Verhalten der Polizei. Er habe sich »durch eigenen Augenschein davon überzeugt ..., daß sich die Polizei bis an die Grenzen des Zumutbaren zurückgehalten habe«. Diese Erklärung, die nur durch den Zynismus eines in Strukturen der Macht gefangenen zu verstehen ist, tat mehr zur Ausbreitung der APO, als es jemals durch Agitation möglich gewesen wäre. Daß sich ein Flügel des bewaffneten Kampfes in der BRD »Bewegung 2. Juni« nannte, war nicht zufällig.

Albertz hat später in der Rückschau dies so eingeschätzt: »Ich war am schwächsten, als ich am härtesten war, in jener Nacht des 2. Juni, weil ich dort objektiv was Falsches tat.« Als Albertz Tage später die wirklichen Umstände des Mordes an Benno Ohnesorge erfährt, verändert sich seine Position. Er versucht immer mehr zu vermitteln und die Motive der Protestierenden zu verstehen. Wieweit hier der Rückgriff auf seine christlichen Wurzeln wichtig war, kann man nur ahnen. Jedenfalls gerät er in immer größeren Gegensatz zu den Hard-Linern der Berliner SPD, die immer stärker »Knüppel aus dem Sack«, Vorbeugehaft und Kriminalisierung der Studenten fordern. Wanderer zwischen den Fronten geraten fast immer unter Beschuß von beiden Seiten. Für die APO war Albertz der Schreibtischtäter des 2. Juni und für die harte Rechte der Zauderer und Laumann und die Springerpresse hetzte: »Berliner fordern: Senat muß härter reagieren!«. Am 26. September 1967 hatten

sie es geschafft: Heinrich Albertz »wirft das Handtuch« und tritt zurück. Albertz sagte später, er habe diesen Rücktritt als »Befreiung« empfunden. Er ist in den Strukturen der Macht verbogen worden und hat als Mittäter andere Personen verbogen. Er geht als ein anderer Mensch aus dem Senat heraus. Heinrich Albertz ist »umgekehrt«. Er gerät in der Polarisierung der Berliner SPD immer mehr mit der Mehrheit in Konflikt und legt ein Parteiamt nach dem anderen nieder. Er wirkt als Pfarrer in Berlin-Schlachtensee, wird Mitglied der Berliner Kirchenleitung und Teil des legendären Berliner Dreigestirns mit Kurt Scharf und Helmut Gollwitzer. Was Albertz für die Kirche Christi geleistet hat, gerade indem er es der satten Amtskirche schwer gemacht hat, ist immens und in der Kürze eines Nachrufes nicht zu beschreiben. Zu nennen ist seine Bescheidenheit. Einige Tage vor seinem Tod hat die Journalistin Doris Weber ihn interviewt. In diesem beeindruckenden Interview, das die Frankfurter Rundschau am 19. Mai abdruckte, wird der Mensch Heinrich Albertz sichtbar und erfahrbar. Mich hat vor allem diese kleine Sentenz angerührt, die ich mir beim Gros der heutigen Politiker nicht vorstellen könnte. Auf die Frage: »Als sie mit den Terroristen als Geisel in den Südjemen fliegen mußten, hatten Sie da keine Angst um ihr Leben?« antwortete er: »Ach was, das war doch harmlos. Das war keine Heldentat, was sollte ich denn anderes machen?«

Er war Vorbild einer ganzen Generation kritischer Christenmenschen und wir waren stolz darauf, daß er seit 1950 Mitglied unseres Bundes und uns immer verbunden war. Die »zornigen alten Männer und Frauen« werden immer weniger. Ohne Heinrich Albertz wird es kälter in dieser Welt. In diesen Tagen er-

scheinen Hunderte von Nachrufen von berufenener und unberufener Seite. Viele werden den toten Albertz nach der Devise »den Toten nichts als Gutes« würdigen. Sie haben gewußt, warum sie den lebendigen Albertz wenig gewürdigt haben, den Albertz, der die Baader-Meinhof-Häftlinge im Gefängnis besuchte, der in Mutlangen blockierte, bei den Friedensdemonstrationen initiativ dabei war und sich aktiv für die Sicherung der demokratischen Rechte einsetzte. Und auch den Heinrich Albertz, der die Kirche nach dem beurteilte, was Jesus Christus gewollt hatte.

1982 schrieb er einen kleinen Aufsatz: »Von der Angst der Kirche vor der Bergpredigt«, aus dem ich einen kleinen Auszug zitieren möchte.

»Die einfache – und noch dazu richtige – Binsenweisheit, das Dritte Reich sei nicht mit der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen, hat dazu verführt, das Grundgesetz dieser Republik gleichsam als Anhang zu den Bekenntnis-

schriften zu empfinden und die freiheitlich-demokratische Grundordnung als christliche Lebensform. Daß Jesu Grundverfassungstext, vor allem aber sein Leben und seine Lehre im ganzen, auch diesen Gesetzestext auf den Kopf stellt, wird verdrängt. Und daß die Kirche Jesu Christi zwar in allen Staats- und Wirtschaftsformen leben kann, aber niemals deren religiöse Überhöhung werden darf, ist vergessen. Solange etwa – wie in Bayern der Bischof und die anderen kirchenleitenden Amtspersonen – direkt vom Staat bezahlt werden, solange unsere Landeskirchenämter den Provinzministerien der Länder wie ein Ei dem anderen gleichen, solange die Pfarrer staatlichen Beamten gleichgeachtet und gleichbesoldet werden, muß man Angst vor der Bergpredigt, Angst vor dem Herrn Jesus Christus haben«.

Wir trauern um Heinrich Albertz und sind dankbar für sein Zeugnis und seine theologisch-politische Existenz.

Ulrich Peter

und um Ludwig Metzger geb. 18.3.1902 gest. 13.1.1993

Die Wochenzeitung des BRSD kündigte in Nr. 2 des Jahres 1931 eine Veranstaltung an: »Darmstadt. Mittwoch, 14. Januar 1931, abends 8 Uhr, spricht im Gemeindehaus der Johannisgemeinde ... Gen. Referendar Metzger über **Kirche und der religiöse Sozialismus. Zahlreicher Besuch erwünscht.**«

Ludwig Metzger war in Darmstadt geboren worden und hatte dort die Mittelschule besucht. Anschließend absolvierte er eine Verwaltungslehre. Nachdem er als

Externer das Abitur abgelegt hatte, studierte er Jura und Volkswirtschaft. Nach dem Referendariat wurde er Regierungsassessor beim Kreisamt Heppenheim. Früh wurde er Mitglied der SPD und des BRSD. Metzger wurde Landesvorsitzender des hessischen BRSD und gehörte so zur Führungsgruppe des Reichs-BRSD.

Nach der Machtübertragung an die Nazis wurde Metzger aus dem Staatsdienst entlassen und ließ sich als Rechtsanwalt nieder. Da auch der BRSD der

Auflösung verfiel, engagierte sich Metzger in der entstehenden Bekenntnenden Kirche (BK), in der er sich bald profilierte. So nahm er als hessischer Vertreter an der berühmten Reichsbekennnissynode in Barmen im Mai 1934 teil. In der Kirchengeschichtsschreibung ist dies praktisch nicht vermerkt worden. Ein BRSD-Landesvorsitzender beschließt die Barmer theologische Erklärung mit? Da geriete doch das alte Bild der Unvereinbarkeit von Barth und religiösem Sozialismus ins Wanken! Metzger war Mitglied des darmstädtischen BK-Bruder-rats und vertrat die BK juristisch in vielen Verfahren. Neben dieser Arbeit war er an der Arbeit der illegalen SPD beteiligt und verbreitete im Raum Darmstadt aus dem Ausland eingeschmuggelte Schriften. 1936 war er zeitweise in Gestapohaft.

Nach der Befreiung 1945 wurde er wieder in der SPD aktiv. 1946 wurde er Oberbürgermeister in Darmstadt und Mitglied des hessischen Verfassungsausschusses und Mitglied des Landtages, dem er bis 1954 angehörte. 1951 schied er als Oberbürgermeister aus und war bis 1953 Minister für Erziehung und Volksbildung in Hessen. Von 1953 bis 1969 vertrat er dann den Wahlkreis Darmstadt im Bundestag. In der SPD war er bis 1969 Mitglied des Bundesparteivorstandes und maßgeblich an der »Normalisierung« des Verhältnisses SPD-Kirchen beteiligt.

1947 nahm er als Delegierter an der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam teil. Fast unbekannt ist seine wichtige Rolle bei der Abfassung des »Darmstädter Wortes« 1947, in dem den religiösen Sozialistinnen und Sozialisten eine späte Gerechtigkeit widerfuhr.

»Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, eine "christliche Front" aufzu-

richten gegenüber notwendig gewordenen Neuordnungen im gesellschaftlichen Leben der Menschen. Das Bündnis der Kirche mit den das Alte und Herkömmliche konservierenden Mächten hat sich schwer an uns gerächt. Wir haben die christliche Freiheit verraten, die uns erlaubt und gebietet, Lebensformen abzuändern, wo das Zusammenleben der Menschen solche Wandlung erfordert. Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen....

Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.«

»Wort des Bruderrats der Bekenntnenden Kirche (Darmstadt 8. August 1947)«, These 3 und 5

Metzger war seit 1946 an dem Wiederaufbau des BRSD beteiligt, konnte sich aber später aufgrund seiner Verpflichtungen kaum noch aktiv betätigen. Er blieb dem Bund auch in seiner Niedergangszeit verbunden und gehörte zu den wenigen Altmitgliedern, die 1976/77 die Reaktivierung des BRSD durch »Jüngere« akzeptierte. Der Konflikt um die »Startbahn West« einige Jahre später führte dann zu seinem Ausscheiden aus dem BRSD. Ludwig Metzger, ein geradezu klassischer »Parteisoldat« sah sich aufrufen, seinen Freund Holger Börner, damals SPD-Ministerpräsident Hessens, vor der im BRSD geäußerten Kritik an dessen Beton- und Dachlatten-Politik in Schutz zu nehmen und trat nach einigen Aus-

einandersetzungen aus. Nach dem Debatte der SPD in Hessen trat Börner ab und die SPD übernahm die vorher von Metzger so bekämpften Positionen.

Ludwig Metzger ist zeitlebens religiöser Sozialist geblieben. Erste Schritte, die wir aufeinander zu machten und sein Wunsch, sein Verhältnis zum BRSD wie-

der zu regeln, können jetzt nicht mehr weitergeführt werden. Wenn wir uns an Ludwig Metzger erinnern, wollen wir dies im Sinne Ernst Blochs tun.

»Nur jenes Erinnern ist fruchtbar, das zugleich erinnert, was noch zu tun ist.«

Ulrich Peter

Nach dem deutschen Herbst 1992,
nun der deutsche Frühling 1993:

- Soldaten marschieren in Somalia
- Für die »neue« Weltordnung
- Männer sprechen »Recht« über Frauen
- Lebensfeindlicher Lebensschutz,
geteilt in zwei Klassen
- Politiker definieren Krankheit neu
- Kranksein ist ein Urlaubsvergnügen
- Sie reißen ein Grundrecht ein
- und bauen neue Mauern auf
- In diesen Mauern wird alles noch
schlimmer
- Der Menschenbrand geht weiter
- Verzweifeln an der Wirklichkeit?
- Nachdenkliches von Erich Fried:

Realitätsprinzip

Die Menschen lieben
das heißt die Wirklichkeit
hassen

Wer lieben kann
der kann alles lieben
nur sie nicht

Die Wahrheit lieben?
Vielleicht.

Erkennen kann Lieben sein.

Aber nicht die Wirklichkeit:

Die Wirklichkeit ist nicht
die Wahrheit

Was wäre das
für eine Welt

wenn die Wirklichkeit
diese Wirklichkeit

rund um uns
auch die Wahrheit wäre?

Die Welt vor dieser

Wirklichkeit retten wollen.

Die Welt wie sie sein könnte
lieben:

Die Wirklichkeit
aberkennen

Tagungen und Termine:

Religiöse SozialistInnen auf dem Ev.Kirchentag in München:

Auf dem Markt der Möglichkeiten:

Stand in Halle 20 B 6

Bereich: Soziale Gestaltung
der Wirtschaft und Arbeitswelt

Mit einem Gottesdienst:

Mauern der Trennung einreißen,
Gerechtigkeit aufrichten

Samstag, 19.00–21.00 Uhr

in der Lätarekirche,
Quiddestraße 15

(U-Bhf Quiddestraße –
U2, U5 Richtung Neuperlach-Süd)

MitarbeiterInnen dieses Heftes:

Lothar Bücken – HaDoP

Steuerlingstraße 14, W-5802 Wetter 2

Ernst-Ulrich Huster (Ev. Fachhochschule RWL)

Immanuel-Kant-Straße 18-20, W-4630 Bochum 1

Willibald Jakob

Christa und Ulrich Peter

Albertstraße 1, W-1000 Berlin

**Abonnement und
Retour:**

B.R.S.D.
Postfach 2521
7400 Tübingen

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
F 4637 F

Was wollen die Religiösen Sozialisten?

Das »edle Wort« (H. Gollwitzer) Sozialismus ist in der Geschichte ebenso verdorben worden wie das »edle Wort« Christentum. Beide verdienen es, gereinigt zu werden durch die Rückführung auf das in ihnen ursprünglich Gemeinte.

Die Bibel der Juden und der Christen spricht von Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das Reich Gottes für diese Erde verkündet.

Darum treten die Frauen und Männer im Bund der Religiösen Sozialisten für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen gerechte und gleiche Lebensbedingungen antreffen. Wir tun das als Teil der ökumenischen Christenheit, verbunden mit dem Erbe der Arbeiterbewegung und solidarisch mit den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas und Schwarzafrikas.

Das bedeutet theologische Kritik des Kapitalismus, besonders des Privateigentums an den Produktionsmitteln und des unmenschlichen kapitalistischen Verdrängungswettbewerbs, dessen Folgen sich in der Verweigerung des Rechtes auf Arbeit wie in der Bedrohung der Schöpfung zeigen.

Dazu gehört eine ständig lebendig weiterzuentwickelnde sozialistische Geschichts- und Gesellschaftsanalyse.

Zur Geschichte: Am Anfang der religiös-sozialistischen Bewegung stehen Christoph Blumhardt und Leonhard Ragaz. Blumhardt trat 1899 an die Seite streikender Arbeiter und verlor sein Pfarramt, als er der SPD beitrug. Ragaz gründete 1906 die noch heute erscheinende Zeitschrift »Neue Wege« (Zürich): Er gab 1921 seine Theologieprofessur auf und widmete sich der Arbeiterbildung.

In der Weimarer Zeit setzten sich Religiöse Sozialisten gegen Reaktion (Fürstenentschädigung) und Militarismus (Panzerkreuzerbau) ein. Wortführer des 1926 gegründeten »Bundes der religiösen Sozialisten« und Schriftleiter des »Sonntagsblattes des arbeitenden Volkes« war Erwin Eckert, bis er 1931 amtsenthoben wurde und der KPD beitrug.

Der 1933 verbotene Bund wurde 1976 von einer Gruppe wiederbelebt, die aus der Studentenbewegung kam. So wurde auch der Anschluß an den Internationalen Bund Religiöser Sozialisten wiedergefunden, dessen stärkster Zweig die schwedische »Bruderschaftsbewegung« ist. Auf seiner ersten Tagung außerhalb Europas, 1986 in Managua, wurde mit den »Cristianos en la Revolución« aus Nicaragua die partnerschaftliche Assoziierung beider Bewegungen beschlossen.

**Es gibt solange keine Freiheit,
wie es die Freiheit gibt, andere auszubeuten.**